

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 16. Oktober 2008, 19.00 Uhr, Rathaus

Vorsitz: Hermann Steiner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 45
 Mitglieder des Gemeinderates: 7
 Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
 Martin Frey, Leiter Finanzabteilung
 Franz Hard, Schulpflegepräsident
 Urs Heimgartner, Leiter Bau- und Planungsabteilung

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt Christoph Gähler, Mitglied des Einwohnerrates, FDP
 Jonas Huggenberger, Mitglied des Einwohnerrates, SP
 Daniel Kost, Mitglied des Einwohnerrates, CVP
 Barbara Loppacher, Mitglied des Einwohnerrates, SP (anwesend ab 19.20 Uhr)
 Werner Meister, Mitglied des Einwohnerrates, SVP
 Tobias Mittner, Mitglied des Einwohnerrates, SVP (anwesend ab 19.45 Uhr)
 Susanne Rudolf von Rohr, Mitglied des Einwohnerrates, CVP

Traktanden: 1. Inpflichtnahme von Johanna Willi (anstelle des zurückgetretenen Franz-Beat Schwere)

 2. Protokoll der Sitzung vom 4. September 2008

 3. 1 Einbürgerung; Bashko Alona, geb. 27. August 1990, ukrainische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 5

 3. 2 Einbürgerung; Gellert Bernd, geb. 20. Juli 1951, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Mittelstrasse 3e

 3. 3 Einbürgerung; Knauth Anet, geb. 28. Januar 1974, und Knauth Tabea, geb. 22. Juni 2006, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 32

 3. 4 Einbürgerung; Kunetic Mila, geb. 10. April 1954, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Tödistrasse 32

 3. 5 Einbürgerung; Niesen Barbara, geb. 15. Juli 1983, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weinbergstrasse 12b

 3. 6 Einbürgerung; Niesen Birgit, geb. 15. Juli 1983, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weinbergstrasse 12b

 3. 7 Einbürgerung; Scholz Artur, geb. 9. Dezember 1936, und Scholz Elisabeth, geb. 28. April 1940, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Schönenbühlstrasse 46

- 3.8 Einbürgerung; Votta Augustale, geb. 2. Januar 1952, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Winkelriedstrasse 53
4. Ersatzwahl von Jürg Baumann als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Franz-Beat Schwere)
5. Voranschlag 2009
6. Kreditbegehren von Fr. 8'629'000.00 betreffend Erneuerung der Alberich Zwyssigstrasse (Kantonsstrasse K425), des Abwasserkanals und der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, Teilstück Etzelstrasse bis Kreisel Landstrasse
7. Kreditabrechnung von Fr. 14'506'510.20 für die Teilsanierung der Bezirksschulanlage

0. Mitteilungen

0.a Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 4. September 2008, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.b Neueingänge

0.b.a Kleine Anfrage Fraktion SP/WettiGrünen vom 16. Oktober 2008 betreffend vorgezogene Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision - Auswirkungen auf die Gemeinde Wettingen

Am 26. November 2006 hat das Aargauer Stimmvolk die Steuergesetzrevision mit 56 % Ja-Stimmen angenommen. In der Vorlage wurde bewusst und auch auf Druck der Gemeinden eine zeitliche Staffelung der Inkraftsetzung der einzelnen Steuererleichterungen von 2007 bis 2010 vorgesehen.

Die vorzeitige Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision (Einkommens- und Vermögenssteuer) – sofern sie in der Referendumsabstimmung vom 30. November 2008 angenommen wird – belastet Kanton und Gemeinden mit je 72 Millionen Franken. Die Situation in den Gemeinden ist völlig unterschiedlich. Die Mindereinnahmen der Gemeinden betragen nach Schätzungen des kantonalen Steueramtes (Datenbasis der Simulation: Steuerstatistik 2004) zwischen minus 2.7 % bis minus 7.1 % und im Durchschnitt minus 4.6 %. Für Wettingen betragen die geschätzten Mindereinnahmen minus 5 %. Zur Berechnung von Mindereinnahmen in Franken können die Gemeinden die angegebenen Prozentwerte mit ihren Budgetzahlen für das Rechnungsjahr 2009 multiplizieren. Allfällige wesentliche Veränderungen der Einkommens- und Vermögensstrukturen seit 2004 sind dabei mitzuberücksichtigen. Ohne vorzeitiges Inkrafttreten der 3. Etappe der Steuergesetzrevision würden die Mindereinnahmen 2010 anfallen.

Von der vorzeitigen Inkraftsetzung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision profitieren viele Steuerpflichtige nicht. Steuerbare Einkommen bis zu 43 000.00 (Tarif A, Alleinstehende) und 86 000.00 (Tarif B, Alleinerziehende, Verheiratete) bekommen keine Steuerentlastung. Der Ausgleich der kalten Progression wurde im Steuergesetz gestrichen.

In diesem Zusammenhang stellen sich verschiedene Fragen:

Frage 1:

Wie hoch werden die Mindereinnahmen wegen der vorzeitigen Einführung der 3. Etappe der Steuergesetzrevision in unserer Gemeinde ausfallen und welche Auswirkungen haben diese Ausfälle auf die Finanz- und Aufgabenplanung?

Frage 2:

Wie beurteilt der Gemeinderat das Vorgehen des Regierungsrates und der Mehrheit des Grossen Rates, die 3. Etappe der Steuergesetzrevision ein Jahr früher, d.h. 2009 statt 2010, wie vom Aargauer Volk beschlossen, in Kraft zu setzen?

Frage 3:

Hat der Gemeinderat Massnahmen ergriffen, um sich gegen den unplanmässigen Steuerausfall zu wehren? Wenn ja, welche?

Frage 4:

Wie viele Steuerpflichtige (in absoluten und prozentualen Zahlen) würden in der Gemeinde Wettingen im nächsten Jahr von der vorzeitigen Einführung des Steuergesetzes profitieren und eine tiefere Steuerrechnung erhalten?

Frage 5:

Kann die Exekutive anhand einer Tabelle aufzeigen wie hoch die Steuerentlastung (in Franken) bei verschiedenen steuerbaren Einkommen in der Gemeinde Wettingen sein würde?

Der Gemeinderat wird gebeten, aufbauend auf aktualisierten Grundlagen des Finanzplans die Anfrage innert drei Wochen zuhanden der Fraktion SP/Wettigrünen zu beantworten.

0.b.b Postulat Thoams Bodmer vom 16. Oktober 2008 betreffend Wiedereinführung der Gemeindeversammlung

Der Gemeinderat wird gebeten, abzuklären, unter welchen Voraussetzungen die Gemeindeversammlung in Wettingen wieder eingeführt werden könnte, und darüber bericht zu erstatten (schriftlich).

0.c Sitzungstermine 2009

Die Einwohnerratssitzungen finden im kommenden Jahr wie folgt statt:

22. Januar 2009, 19.00 Uhr	10. September 2009, 19.00 Uhr
12. März 2009, 19.00 Uhr	15. Oktober 2009, 19.00 Uhr
14. Mai 2009, 19.00 Uhr	12. November 2009, 19.00 Uhr
25. Juni 2009, 19.00 Uhr	10. Dezember 2009, 19.00 Uhr

1. Inpflichtnahme von Johanna Willi (anstelle des zurückgetretenen Franz-Beat Schwere)

Johanna Willi wird durch Leistung des Amtsgelübdes für die Amtsperiode 2006/2009 in Pflicht genommen.

2. Protokoll der Sitzung vom 4. September 2008

Holger Czerwenka: Ich wurde auf der Titelseite fälschlicherweise als Mitglied der SP aufgeführt, bin aber Mitglied des Forum 5430.

Einwohnerratspräsident: Dies wird im Protokoll korrigiert.

Das Protokoll der Sitzung vom 4. September 2008 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

3. Einbürgerungen**3.1 Bashko Alona, geb. 27. August 1990, ukrainische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwysig-Strasse 5**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 35 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.2. Gellert Bernd, geb. 20. Juli 1951, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Mittelstrasse 3e

Die Einwohnerrätin Karin Gellert, Ehefrau des Gesuchstellers, begibt sich während der Abstimmung in Ausstand.

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 34 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.3 Knauth Anet, geb. 28. Januar 1974, und Knauth Tabea, geb. 22. Juni 2006, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwysig-Strasse 32

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.4 Kunetic Mila, geb. 10. April 1954, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Tödistrasse 32

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.5 Niesen Barbara, geb. 15. Juli 1983, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weinbergstrasse 12b

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.6 Niesen Birgit, geb. 15. Juli 1983, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Weinbergstrasse 12b

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.7 Scholz Artur, geb. 9. Dezember 1936, und Scholz Elisabeth, geb. 28. April 1940, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Schönenbühlstrasse 46

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

3.8 Votta Augustale, geb. 2. Januar 1952, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Winkelriedstrasse 53

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 36 : 0 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, zugesichert.

4. Ersatzwahl von Jürg Baumann als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Franz-Beat Schwere)

Pius Benz: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich Ihnen Jürg Baumann als neues Mitglied der Finanzkommission vor. Jürg Baumann wurde am 3. November 1956 geboren. Sein Heimatort ist Hendschiken. Nach dem Besuch der Primar- und Bezirksschule in Laufenburg absolvierte er eine Lehre als Hochbauzeichner. Er ist seit 1985 selbstständig als Bauleiter. Zusätzlich absolvierte er eine Ausbildung zum Immobilienreuhänder. Er wohnt heute mit seiner Freundin an der Zentralstrasse 170. Er beschreibt sich selbst wie folgt: "Ich bin ein geselliger und gerechter Mensch, kann meistens den Mund nicht halten, wenn mir etwas nicht passt. Für mich ist Geborgenheit sehr wichtig, um mich von meinem Job zu erholen. Dazu gehört auch ein Glas Wein und ein gutes Gespräch mit meiner Freundin".

Wir empfehlen Ihnen, Jürg Baumann als Nachfolger von Franz-Beat Schwere in die Finanzkommission zu wählen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Jürg Baumann (SVP) wird als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/2009 gewählt.

5. Voranschlag 2009

Eintreten

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Der Gemeinderat präsentiert der Finanzkommission ein ausgeglichenes Budget mit einem Steuerfuss von 87 % sowie Pflichtabschreibungen von 8 %. Ganz grundsätzlich hätte der Gemeinderat ein ausgewogenes Budget auch mit 15 % Pflichtabschreibungen präsentieren können, wäre da nicht der Kanton mit erheblichen Mehrkosten für die Sonderschulung/Heimaufenthalt gekommen. Neu wird dieser Betrag unter dem Konto 580.361.01 mit rund Fr. 4 Mio. budgetiert. Gegenüber den früheren Rechnungen (Konto 220.361.00 mit Fr. 1.5 Mio.) schlägt dieser Beitrag mit rund Fr. 2.5 Mio. mehr zu Buche. Höchst unbefriedigend ist die immer höhere Belastung der Gemeinden, indem sich der Kanton aus gewissen Finanzierungen zurückzieht und die grösseren Belastungen die Gemeinden tragen müssen. Offenbar muss unter der erwähnten Position von einer gebundenen Ausgabe ausgegangen werden. Insofern ist nachvollziehbar, dass der Gemeinderat trotz angewandter Streichungen den Budgetausgleich mit 15 % Pflichtabschreibungen nicht finden konnte. Allenfalls zusätzliche Streichungen durch den Einwohnerrat wären nach Ansicht der Finanzkommission unter dem Konto Pflichtabschreibungen zu verbuchen. Insgesamt zeigt sich trotz einiger negativer Vorzeichen ein sehr positiver Eindruck über das Gesamtbudget.

Der Nettoaufwand im Budget 2009 ist mit rund Fr. 42.85 Mio. veranschlagt, gegenüber Budget 2008 also rund Fr. 2 Mio. höher. Beträchtlich fallen insbesondere die Steigerungen im Konto 580.361.01 (Restkosten Sonderschulung/Heimaufenthalt) von wie erwähnt Fr. 4 Mio. (plus Fr. 2.5 Mio. gegenüber Budget 2008), im 440.365.01 (Gemeindebeitrag Spitex) von Fr. 840'000.00 (plus Fr. 515'000.00 gegenüber Rechnung 2007 und plus Fr. 170'000.00 gegenüber Budget 2008), 581.366.00 (Materielle Hilfe an Private) mit Fr. 12 Mio. (plus Fr. 300'000.00), 090.314.00 (Baulicher Unterhalts durch Dritte) mit Fr. 300'000.00 (plus Fr. 160'700.00), im 992.311.02 (Anschaffung von Fahrzeugen) von Fr. 165'000.00 (plus Fr. 165'000.00) und im 610.361.00 (Beiträge an Kanton) mit Fr. 193'500.00 (plus Fr. 156'500.00) ins Gewicht. Daneben ist die Lohnerhöhung mit 2.8 % berücksichtigt. Positiv zeigen sich im Budget die Positionen unter dem Konto 581.462.00 (Kantonsbeitrag SPG, plus Fr. 300'000.00 Ertrag), unter 620.314.02 (Unterhalt Strassenbeleuchtung, minus Fr. 240'000.00) oder unter 140.352.01 (Hydranten-Entschädigung, minus Fr. 234'600.00 Aufwand).

Im Budget 2009 sind Investitionen von rund 8.14 Mio. geplant. Gegenüber dem Finanzplan vom Juni 2008 liegen diese rund 4 Mio. tiefer. Bei einer Eigenfinanzierung von rund Fr. 3.7 Mio. ergibt dies im Budget 2009 einen Eigenfinanzierungsgrad von 45 %. Die Budgetierung der Einkommens- und Vermögenssteuern sind eher optimistisch angenommen. Insgesamt ist eher von einem knapp positiven Resultat bei der Verwaltungsrechnung 2009 auszugehen. Gemäss Finanzplan prognostiziert der Gemeinderat per Rechnungsjahr 2011 eine Steuerfusserhöhung. Diese hängt massgeblich vom geplanten Investitionsprogramm ab. Die nächsten Monate werden zeigen, wie sich diese Investitionssituation entwickeln wird. Tatsache ist aber auch, dass die bislang vorhandene Liquidität der Gemeinde Wettingen aufgebraucht wurde bzw. wird. Aufgrund der geplanten Investitionen ist eine leichte Zunahme der Verschuldung möglich. Da sich diese nach wie vor auf sehr tiefem Niveau bewegt, stellt diese Veränderung keine Probleme dar. Um auch diesbezüglich flexibel bleiben zu können, wird allfälliges Fremdkapital lediglich kurzfristig aufgenommen. Damit bleibt der Handlungsspielraum bestmöglich vorhanden, um bei allfälligen Überschüssen die Schulden rasch wieder abtragen zu können.

Diese Form der kurzfristigen Aufnahme von Fremdkapital wurde bereits in den Jahren 1999 bis 2002 erfolgreich betrieben. Diese Absichten sind zu begrüßen. Hauptsächlich unterstützt die Finanzkommission weiterhin eine gesunde, aber auch restriktive Finanzpolitik wie sie in den vergangenen Jahren gewählt wurde. Stets wurde seriös und umsichtig budgetiert. Unter Berücksichtigung der künftigen Investitionen sollen die Finanzen auch in Zukunft gesund bleiben. Die entsprechende Flexibilität muss allenfalls über den Steuerfuss erhältlich gemacht werden.

Sehr positiv kann aus dem EWW berichtet werden. Die Zusammenarbeit war erfreulich, die Auskünfte transparent und äusserst kompetent. Das EWW hat mit Unterstützung der BDO Visura als Coaching-Partner das Budget 2009 auf dem Kontoplan des HRM II erstellt, danebst eine Investitionsrechnung eingeführt und eine Plan- und Erfolgsrechnung erarbeitet. Diese war notwendig für die Kalkulation der Strompreise. Insgesamt konnte die Finanzkommission eine sehr erfreuliche Entwicklung im EWW feststellen und dankt allen Beteiligten für die kompetente und bereitwillige Auskunftsbereitschaft.

Abschliessend kann ich im Namen der Finanzkommission aber auch für die übrige Zusammenarbeit mit sämtlichen kontaktierten Personen der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderates. Ein spezieller Dank gebührt Martin Frey mit seinem Team sowie Flavio Marasco, welche stets kompetent und freundlich mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Der Stellenplan 2009 des EWW bleibt unverändert. Im Stellenplan 2009 der Einwohnergemeinde sind Stellenaufstockungen von insgesamt 250 % vorgesehen. 150 Stellenprozente (100 % Standortförderung, 50 % Leiter Fachstelle Altersfragen und Freiwilligenarbeit) wurden durch den Einwohnerrat bereits genehmigt. Die Stellenaufstockung des Vormundschaftssekretariats ist nach Ansicht der Finanzkommission gerechtfertigt. Umstritten war dagegen die Stellenaufstockung von 70 % im Schulsekretariat und führte letztlich zu einem Streichungsantrag der Finanzkommission. Ich werde bei der Detailberatung darauf zurückkommen. Die Besoldungsanpassung ist im Budget 2009 mit 2.8 Lohnprozenten berücksichtigt. Insbesondere ein Vergleich mit den umliegenden und grösseren Gemeinden im Kanton Aargau zeigt, dass eine Lohnerhöhung von 2.8 % gerechtfertigt und angemessen ist. Ein Nachholbedarf aus den vergangenen Jahren – wie dies teilweise ausgeführt wurde – besteht nicht. Eine über den Antrag der Finanzkommission hinausgehende Lohnerhöhung wäre unverhältnismässig.

Abschliessend noch eine Bemerkung allgemeiner Natur, die der Finanzkommission sehr wichtig ist: Die Fiko hat sich anlässlich der Budgetprüfung nebst der materiellen Prüfung auch mit grundsätzlichen Fragen der Arbeit der Fiko auseinandergesetzt und darüber intensiv diskutiert. Die Fiko ist dezidiert der Ansicht, dass es im Grundsatz nicht die Aufgabe der Fiko ist und sein kann, die Detailpositionen im Budget materiell zu überprüfen - hiezu fehlt schlichtweg die Zeit und ist ohne Zweifel Aufgabe der Exekutive. Ziel der Fiko ist klar die strategische Planung im Auge zu behalten und nicht ins Zeitalter des Erbchenzählens zurückzufallen. In diesem Zusammenhang hat der Budgetprozess im Ressort 2 bei der Finanzkommission ein gewisses Unbehagen ausgelöst. Die Fiko ist der Ansicht, dass der Gemeinderat die Schulleitungen sowie die Schulpflege stärker einbinden müsste, damit bereits diese die Budgettrichtlinien strenger einhalten und selbst gewisse Optimierungen und Streichungen vornehmen (Beispiel Beamer, ich komme in der Detailberatung darauf zu zurück; analog den Verwaltungsabteilungen). Diesbezüglich erwartet die Fiko vom Gemeinderat, dass er künftig seine Führung intensiver wahrnimmt und entsprechende Anweisungen an sämtliche involvierten Stellen abgibt und diese auch durchsetzt.

Zusammenfassend beantragt Ihnen die Finanzkommission mit 5 : 2 bei 7 Anwesenden auf die Budgetdebatte einzutreten.

Markus Maibach: Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt den **Antrag** auf Nichteintreten. Wir begründen diesen Antrag wie folgt: Heute ist ein historisches Jahr. Vor einem Jahr haben wir uns gegen eine Steuerfussenkung gewehrt. Heute sind wir genau an diesem Punkt angelangt, wo man merkt wohin uns diese Finanzpolitik führt. Das vorliegende Budget ist ein "Gwürg". Es besteht die Gefahr, dass die Gemeindefinanzen in eine Sackgasse führen. Damit das Budget dennoch ausgeglichen ist, wurde an verschiedenen Stellen geschraubt. Ich möchte Ihnen die von Martin Frey erwähnte Metapher, Wettingen sei ein Mercedes mit einem VW-Motor, gerne in Erinnerung rufen. Es ist zu berücksichtigen, dass eine Gemeinde unserer Grösse ein jährliches Investitionsvolumen von Fr. 10 - 15 Mio. tätigen sollte. Aber das Geld kann nicht mehr in die Finger genommen werden. Wir sind nicht mehr in der Lage, die zu tätigen Investitionen selber zu finanzieren.

Zu den verschiedenen Schrauben, an denen gedreht wurde: 1. Schraube: Wir hatten letztes Jahr 14 Mio. Nettoinvestitionen im Budget, dieses Jahr 8.1 Mio. Gemäss Finanzplan war mehr vorgesehen. Natürlich könnten wir hier im Rat gewisse Investitionen nicht spechen. Aber es zeigt sich, dass die Finanzierung nicht mehr gewährleistet ist. 2. Schraube: Die Steuereinnahmen sind sehr zuversichtlich budgetiert worden und wurden über 1 Mio. nach oben korrigiert. Das ist aus unserer Sicht kritisch, weil ein Budget im Grundsatz sorgfältig gemacht werden sollte. 3. Schraube: Betrachtet man das Urbudget des Gemeinderates, also jenes, welches an die Finanzkommission zugestellt wurde, stellt man fest, dass der Gemeinderat überdurchschnittlich viele Anträge der Abteilungen gestrichen hat. Der Gemeinderat musste natürlich beweisen, dass er bereit ist, diese Schraube noch mehr anzuziehen. Die 4. Schraube sind dann die Streichungsanträge der Finanzkommission. Auch damit soll der Druck nochmals erhöht werden. Last but not least, die Schraube der Abschreibungen. Gemäss Finanzplan sind zusätzliche Pflichtabschreibungen von 15 % pro Jahr vorgesehen. Für das kommende Jahr sind aber nur 8 % für die Finanzierung der zukünftigen Investitionen vorgesehen. Summa Summarum etwas das uns nicht passt.

Die Fraktion hat lange über den Voranschlag diskutiert. Der Mercedes muss in Zukunft bergauf fahren, und es besteht die akute Gefahr eines Motorschadens. Deshalb ist die Fraktion SP/WettiGrünen für Nichteintreten.

Reto Würmli: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Das Budget wurde seriös erarbeitet und basiert auf unseren Vorstellungen. Wir betrachten den Steuerfuss von 87 % als richtig.

Thomas Bodmer: Die SVP-Fraktion hat lange darüber beraten, ob wir für oder gegen das Eintreten sind. Die Polemik seitens der SP, aber auch das Aufgleisen einer Steuerfusserhöhung seitens des Gemeindeammanns zusammen mit dem Präsident der Finanzkommission, haben viel zu reden gegeben. Die Finanzlage von Wettingen ist nach wie vor ausgezeichnet. Die Einnahmen sind in den letzten Jahren immer weit über das Budget gestiegen; die Ausgaben allerdings auch. Wir stellten eine richtige Explosion bei den Personalkosten und beim Personalbestand fest, obwohl ein grosser Teil des Personals durch den NFA und andere Übungen von der Gemeinde zum Kanton verschoben worden sind.

Die Gemeinde Wettingen wird durch den neuen Finanzausgleich mit Fr. 760'000.00 entlastet. Komischerrweise fehlt jegliche Begründung in diesem Budget, wo diese Entlastungen stattfinden. Wir hören immer nur von den Mehrbelastungen. Von den ca. 4.5 Mio. Aufwandsteigerungen sind nur ca. 1.5 Mio. durch den NFA begründet.

Das ist die Ausgangslage. Wenn nun Bemühungen vorhanden sind, eine Steuerfusserhöhung aufzugleisen, im Zusammenspiel zwischen der SP und der CVP, werden wir dem klar gegenhalten. Wenn heute ein Antrag auf Steuerfusserhöhung gestellt wird, können Sie Gift draufnehmen, dass die SVP einen Antrag auf Steuerfusssenkung stellen wird.

Die SVP ist trotz all diesen Parametern für Eintreten.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten. Das vorliegende Budget ist durchaus seriös. Gegenüber dem Budget 2008 ist der Nettoaufwand gestiegen. Aber ca. 2/3 des zusätzlichen Aufwandes sind gebundene Ausgaben, die vom Kanton an die Gemeinden überwältzt wurden. Gegenüber der Rechnung 2007 ist der Aufwand sogar gesunken. Die Gemeinde geht mit den finanziellen Mitteln haushälterisch um.

Wir werden uns in der Detailberatung zu den Anträgen der Finanzkommission äussern. Wir können jetzt schon sagen, dass wir in zwei Fällen die Anträge des Gemeinderates unterstützen werden. Von der Finanzkommission wurde sehr gute Arbeit geleistet und das Budget im Detail geprüft. Es hat im Vergleich relativ viele Streichungsanträge im Bereich Schule. Hier kann man sich fragen, ob die Finanzkommission zu tief bohrt oder ob das Finanzmanagement des verantwortlichen Gemeinderates zu wenig seriös ist.

Man konnte in den vergangenen Tagen vieles aus der Presse entnehmen. Auf der einen Seite wird erzählt, dass wir auf ein finanzpolitisches Desaster zulaufen. Auf der anderen Seite, dass wir weiterhin im Geld schwimmen, dass wir Steuern im Voraus einkassieren und viel Luft im Budget ist. Vor zwei Wochen wurden zwei gegensätzliche Leserbriefe nebeneinander abgedruckt. Ich fand das noch amüsant, denn wenn man nur einen Leserbrief las, tönte das ziemlich gut und seriös. Aber wenn man beide las, wusste man, dass mindestens einer davon falsch ist. Unserer Ansicht nach sind beide Ansichten falsch. Die Realität liegt meistens in der Mitte, ist dafür aber weniger spektakulär und geniesst daher weniger Aufmerksamkeit in den Medien.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und sie wird dem Budget 2009 auch zustimmen. Ich möchte kurz noch auf ein paar Punkte eingehen.

Es ist erstaunlich, wenn man immer wieder hört, die Infrastruktur in der Gemeinde werde nicht erhalten. In den vergangenen Jahren wurden alle Schulhäuser und alle Kindergärten renoviert, zudem wurden die Umgebungen neu gestaltet oder befinden sich zurzeit in Umsetzung. Auch die Kanalisationen werden noch und nöcher saniert und renoviert. Wir können deshalb mit gutem Gewissen sagen, dass die Infrastruktur gut erhalten wird.

Bei den Investitionen wird behauptet, dass im Budget im Vergleich zum Finanzplan viel weniger Investitionen berücksichtigt sind. Dies ist einzig und alleine darauf zurückzuführen, dass im Budget nur diese Investitionen berücksichtigt werden, die schon beschlossen sind.

Die Prognose der Steuereinnahmen ist unserer Ansicht nach richtig. Es wurde bisher jedes Jahr darüber diskutiert. In den letzten Jahren haben wir immer mehr Steuerertrag erzielt. Es ist deshalb nicht richtig, dass wir völlig unverantwortbar den Steuerfuss gesenkt und uns dann erst noch getraut haben, den Steuerertrag höher zu budgetieren. Wir werden auch im 2009 einen höheren Steuerertrag erzielen.

Es gibt einen Budgetprozess. Die Gemeinde muss das Budget bis Ende Juli abgeschlossen haben. Ich persönlich finde es störend, dass der Kanton mit seinen Beträgen erst später kommt, welche dann noch sofort belastet werden. Dies erschwert eine seriöse Budgetierung seitens der Gemeinde. Bei den Pflichtabschreibungen hat man dann einen gewissen Spielraum, um solche Beträge abzufangen.

Alles in allem, das Budget ist seriös und wir werden dem Budget zustimmen.

Andreas Rufener: Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist für Eintreten, auch wenn wir der Ansicht sind, dass die Steuerprognosen zu optimistisch sind. Die Auswirkungen der Finanzkrise sind unserer Ansicht nach zu wenig berücksichtigt. Aber im Grundsatz unterstützen wir das Eintreten.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Es wurde bereits einiges gesagt. Ich möchte aber kurz einige Worte zum Eintreten loswerden. Der Voranschlag 2009 liegt mit einem Steuerfuss von 87 % und Pflichtabschreibungen von 8 % vor. Wenn man dieses Budget mit dem Voranschlag 2008 vergleicht, ist der Nettoaufwand rund 2 Mio. höher. Der Vergleich zwischen dem Voranschlag 2009 und der Rechnung 2007 zeigt einen Minderaufwand von rund Fr. 391'000.00. Es werden Pflichtabschreibungen von 8 % beantragt. Der Finanzkommissionspräsident hat diese Entwicklung richtig aufgezeigt. Gerne möchte ich noch kurz auf die einzelnen Voten eingehen, bevor ich zum Antrag des Gemeinderates komme.

Zum Votum der SP/WettiGrünen: Der Vergleich zwischen den Investitionen im Budget von 8.1 Mio. und den im Finanzplan erwähnten 11.9 Mio. enttäuscht uns. Markus Maibach als Mitglied der Finanzkommission weiss, wie der Prozess funktioniert. Der Finanzplan der im Juni 2008 erstellt wurde, sah 11.95 Mio. Investitionen vor. Dieser Betrag setzte sich aus den Grundlagen des Investitionsprogramms zusammen. Das Investitionsprogramm wurde durch die Finanzkommission geprüft. Die Investitionen sind in Dringlichkeitscode eingeteilt. Dieser Code zeigt auf, ob das Projekt bereits beschlossen wurde, beschlussreif ist oder sich noch in der Planung befindet. Im Finanzplan werden auch diese Investitionen berücksichtigt, die noch nicht beschlussreif sind. Im Budget ist dies nicht der Fall! Die Genauigkeit des Finanzplans nimmt nach hinten immer mehr ab. Die Jahre 2010 - 2012 sind sehr unsicher. Aber auch die Zahlen 2008 stimmen zum Teil bereits nicht mehr. Der Gemeinderat hat aber keine einzige Investition gestrichen. Aber es gibt laufend Veränderungen. Beispielsweise musste die treppenfreie Gestaltung des Bahnhofs aufgrund von Verzögerungen bei den SBB nach hinten verschoben werden. Gleiches auch bei der Umsetzung des Bildungskleeblattes aufgrund von Terminanpassungen seitens des Kantons. Andererseits konnten aber auch Investitionen vorgezogen werden. Das Investitionsprogramm wird monatlich überprüft, ergänzt und korrigiert. Es handelt sich um eine rollende Planung. Dies sind die Gründe, weshalb die Investitionen im Voranschlag 2009 geringer ausfallen als im Finanzplan.

Zu den Einnahmen: In den vergangenen 5 Jahren wurden immer mehr Steuererträge erzielt als budgetiert. Es ist also sicherlich nicht fahrlässig, den Betrag im Voranschlag zu erhöhen.

Noch ein weitere Bemerkung im Zusammenhang mit der eingereichten Kleinen Anfrage der Fraktion SP/WettiGrünen. Bei der Berechnung des Steuerpotentials wird gestützt auf Prognosen des Wirtschaftswachstums, der Bevölkerungszunahme und den Auswirkungen der regierungsrätlichen Wachstumsinitiative mit einer Zunahme von 3 % gerechnet. Die Auswirkungen der vorgezogenen Inkraftsetzung der 3. Teiletappe der Steuergesetzrevision mit einem zu erwartenden Minderertrag von rund 4 % sind dabei bereits berücksichtigt.

Zum Urbudget des Gemeinderates: Die Verwaltung macht ihren Teil der Planung. Der Gemeinderat hat aber die Gesamtführung und muss unter Berücksichtigung aller Aspekte Streichungen vornehmen. Aber analog zum Prozess mit der Finanzkommission werden die Streichungen nicht einfach so vorgenommen, sondern die Abteilungen haben die Möglichkeit, sich dazu zu äussern. Auch bei den Anträgen der Finanzkommission werden die Fragen an die Abteilungen weitergeleitet zur Beantwortung. Der Gemeinderat hat diese Antworten zu beurteilen und zuhanden der Finanzkommission zu verabschieden.

Zu den Anträgen der Finanzkommission: Der Gemeinderat schliesst sich mehrheitlich den Anträgen an, mit Ausnahme von drei Bereichen, nämlich bei den Investitionen in der Bau- und Planungsabteilung, der Schallabsorptionsmassnahmen in der Sozialabteilung und bei der Stellenaufstockung des Schulsekretariates.

Zum Votum der SVP: Die Verunsicherung, die Thomas Bodmer im Zusammenhang mit dem NFA geäussert hat, ist nicht gerechtfertigt. Den NFA können wir nicht beeinflussen. Wir erhalten die Angaben von Kanton. Im Vergleich zu einer Mitteilung des DVI vom Mai 2008 haben sich die Beträge im September 2008 bereits wieder geändert. Die Empfehlungen des Kantons werden übernommen. Dies ist aus den Erläuterungen ersichtlich, beispielsweise im Konto 400.364.00. Die Auswirkungen des NFA sind also berücksichtigt.

Zum Votum EVP/Forum 5430: Die Auswirkungen der Finanzkrise wurden beispielsweise in Baden auch diskutiert. Dies konnte den Medien entnommen werden. Dazu kann gesagt werden, dass die Basis für die Steuereinnahmen 2009 die Einkommen 2008 sind. Diese Einkommen fliessen. Bei den Aktiensteuern ist es häufig so, dass gerade in Krisensituationen vorhandene Reserven verflüssigt werden müssen und dadurch können sogar Mehreinnahmen bei den Aktiensteuern generiert werden.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, auf den Voranschlag 2009 einzutreten und das vorliegende Budget zu genehmigen.

Thomas Bodmer: Die SVP bestreitet nicht die Richtigkeit der Budgetierung, ich habe auch nicht gesagt, dass der NFA nicht berücksichtigt sei. Es ist nur nicht erläutert, in welchen Bereichen die Gemeinde vom NFA profitieren kann, wo es zu Entlastungen kommt. Zum Teil sind diese Entlastungen in den gleichen Konti wie die Belastungen. Dadurch können wir hier keine politische Diskussion führen, da die Budgetierung nicht transparent ist.

Der Gemeinderat beabsichtigt mit dem Investitionsprogramm, in den nächsten Jahren überdimensionale zusätzliche Staatstätigkeiten zu generieren. Die Umsetzung der 1. und 2. Etappe der tägi-Erweiterung kostet so um die 130 Mio. Da bin ich ausnahmsweise mit Markus Maibach einverstanden, dass wir das nicht finanzieren können und daher wahrscheinlich tatsächlich eine Steuerfusserhöhung notwendig sein wird. Aber der Bürger muss informiert werden, dass eine Verbindung zwischen einer Steuerfusserhöhung und dem tägi besteht.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Thomas Bodmer diskutiert hier über den Finanzplan. Über die Auswirkungen der Machbarkeitsstudie steht im Voranschlag 2009 gar nichts und ist somit nicht Gegenstand der Diskussion. Der Gemeinderat unterbreitet kein Budget mit Steuern auf Vorrat oder ähnliches. Das Volk wird über allfällige Investitionen im tägi abstimmen. Heute reden wir über das Budget 2009 und ich bitte Sie alle, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fällt mit 33 : 12 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Das Eintreten auf den Voranschlag 2009 wird beschlossen.

Detailberatung

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Als allgemeine Bemerkung zu den nachfolgenden Streichungsanträgen der Finanzkommission ist festzuhalten, dass diese dem Gemeinderat während der Budgetprüfung vorab zur Kenntnis gebracht wurden, worauf der Gemeinderat die Möglichkeit hatte, dazu Stellung zu nehmen. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Finanzkommission und dem Gemeinderat wurden sodann auch die letzten Fragen geklärt. Im Namen der Finanzkommission kann ich Ihnen nachfolgende Streichungs- oder Erhöhungsanträge unterbreiten:

0. Allgemeine Verwaltung

090.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die Hauptbegründung des Gemeinderates und des Leiters Bau- und Planungsabteilung war die Zusammenlegung der Bibliothek und des Sitzungszimmers und damit eine Vereinfachung der Bibliothekssituation. Die Finanzkommission hat sich selbst ein Bild vor Ort gemacht. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass diese Zusammenlegung nicht notwendig ist. Gewährleistet bleibt, dass der Empfang/Schalterbereich erneuert und umorganisiert werden kann sowie die notwendigen Neumöblierungen vorgenommen werden. Streichungsantrag: Fr. 64'500.00 unter Konto 090.314.00. Abstimmungsverhältnis: 4 : 3 (7 Anwesende).

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hält am ursprünglichen Antrag fest. Es geht um die Verlegung eines Arbeitsplatzes und die Verbesserungen von Arbeitsplatzbedingungen. Der Optimierungen im Schalterbereich scheinen unbestritten zu sein. Im gleichen Zug sollen auch die geplanten Verbesserungen in einem der Büros umgesetzt werden können. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Werner Hartmann: Ich habe dieses Büro auch besucht und es entspricht nicht dem heutigen Standard. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und diesen Betrag nicht zu streichen.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion unterstützt den Streichungsantrag der Finanzkommission nicht und ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen. Die Bau- und Planungsabteilung ist bei der Planung von Umbauten etc. immer sehr vorsichtig. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies auch hier der Fall ist.

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 14 : 27 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

090.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Vor wenigen Jahren wurde das Sozialamt insbesondere auf Initiative der Finanzkommission umfassend neu möbliert. Der Schalterbereich besteht bereits schon etwas länger. Eine Mehrheit der Finanzkommission ist der Ansicht, dass wenn ein "Schallproblem" stets vorhanden gewesen wäre, dies auch seit längerem thematisiert worden wäre. Die Finanzkommission muss jedoch davon ausgehen, dass die momentane Zusammensetzung des Teams "schalltechnisch" allenfalls nicht ganz optimal ist und entsprechend sind Schallabsorptionsmassnahmen nicht notwendig. Auch die Äusserungen des Gemeinderates anlässlich der gemeinsamen Sitzung zeigten keine Notwendigkeit. Streichungsantrag: Fr. 19'500.00 unter Konto 090.314.00. Abstimmungsverhältnis: 5 : 2 (7 Anwesende).

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Auch hier hält der Gemeinderat an seinem Antrag fest. Das Schalterbüro der Sozialabteilung wird von bis zu vier Personen gleichzeitig belegt. Der heutige Lärmpegel, verursacht auch durch Schalter- und Telefongespräche, erschwert konzentriertes Arbeiten erheblich. Mit den geplanten Schallabsorptionsmassnahmen könnte Abhilfe geschaffen werden.

Esther Elsener Konezciny: Im Grossraumbüro des Sozialdienstes sind die AHV-Zweigstelle, das Arbeitsamt, die Elternschaftsbeihilfe, die Rückerstattung und die Verwandtenunterstützung untergebracht. Es bestehen 4 Arbeitsplätze, einer davon für den Lehrling. Dazu kommt, dass bei zwei Arbeitsplätzen die Haupttelefonnummer der Sozialabteilung reinkommt und somit telefonisch immer erreichbar sein müssen. Man kann sich vorstellen, dass dort einiges los ist. Zum Alltagsgeschäft kommen saisonale Arbeiten wie die Krankenkassenprämienverbilligung. Ich habe die Räume besichtigt. Es handelt sich um einen sehr engen Schaltervorraum. Eine Person betreut vereinbarte Termine, die anderen betreuen Laufkundschaft. Für die Beratungsgespräche ist konzentriertes Schaffen notwendig. Für die betroffenen Mitarbeitenden sind die baulichen Massnahmen sehr wichtig. Aus diesen Gründen ist die Fraktion SP/WettiGrünen der Meinung, dass dies umgesetzt werden soll. Wir bitten Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Marie-Louise Reinert: Ich habe an der letzten Sitzung den Unterschied zwischen Standortmarketing und Standortpflege aufgezeigt. Das wäre jetzt Pflege.

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 28 : 17 Stimmen angenommen.

Werner Hartmann: Ich habe eine Frage zu diesem Konto. Es war mal angedacht, dass der Rathausplatz erneuert werden soll. Jetzt wird von einem Anbau westlich des Rathauses gesprochen. Kann die Erneuerung des Platzes problemlos mit der Realisierung des geplanten Annexbaus erfolgen? Nächstes Jahr findet das 50-jährige Jubiläum des Rathauses statt und ich möchte wissen, ob sich der Gemeinderat diesbezüglich Gedanken über die vorgängige Sanierung des Platzes gemacht hat.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hat diese Überlegungen auch gemacht. Bei einem Fest ist ohnehin der ganze Platz mit Festzelten verstellt und man sieht den Platz gar nicht. Nein, jetzt im Ernst. Der Gemeinderat prüft die Sanierung des Platzes im Zusammenhang mit der Planung des Stadtbüros. In diesem Zusammenhang wird auch die Situation rund um das Rathaus herum beurteilt, beispielsweise auch die Parkplatzsituation.

Thomas Bodmer: Es wird hier plötzlich von einem Annexbau gesprochen. Ich habe dazu keine Unterlagen. Um was geht es dabei?

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Annexbau ist im Investitionsprogramm des Finanzplans berücksichtigt. Es geht vorerst um die Prüfung, ob aufgrund der Platzknappheit im Rathaus eine allfällige Erweiterung notwendig ist oder nicht. Mit der Überprüfung wird aber noch nichts präjudiziert. Das Geschäft ist noch nicht beschlussreif, weshalb es auch nicht im Voranschlag 2009 berücksichtigt ist.

Werner Hartmann: Aus der Antwort des Gemeinderates schliesse ich, dass mein Postulat betreffend Gemeinde-/Stadtbüro angepackt wurde. Die Begründung im Zusammenhang mit der Platzsanierung macht für mich Sinn, deshalb freue ich mich auf das weitere Vorgehen.

Pius Benz: Jetzt sollen in einer Blitzaktion die Parkplätze vor dem Rathaus saniert werden, beim nächsten Geschäft werden Parkplätze abgeschafft. Ich rege an, dass sich der Gemeinderat Gedanken über ein Parkkonzept im Raum des Rathauses macht.

1. Öffentliche Sicherheit

100.318.02 Honorare begleitetes Besuchsrecht

Dr. Christine Meier Rey: Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen stelle ich den **Antrag**, eine neue Budgetposition unter der Ziffer 100.318.02 zu schaffen. Ursprünglich war die Schaffung einer solchen Position mit Fr. 10'000.00 vorgesehen, diese ist aber im Voranschlag 2009 nicht mehr aufgeführt. Es geht darum, dass die Sozialbehörde Kinderschutzmassnahmen anordnen kann wie begleitetes Besuchsrecht. Ein solches Angebot wird durch private Trägerschaften in Baden und Aarau angeboten und ist während bestimmten Zeiten offen. Der Bedarf ist nach gewiesen. Im Bezirk Baden haben im Jahr 2007 18 Familien regelmässig dieses Angebot in Anspruch genommen, im laufenden Jahr sind es bis jetzt 10 Familien. Mit dem begleiteten Besuchsrecht wird der Kontakt zu beiden Elternteilen sichergestellt. In Anbetracht der finanziellen Situation ist es für Wettingen tragbar, einen entsprechenden Betrag zu bezahlen. Deshalb beantragen wir, den Betrag von Fr. 10'000.00 im Konto 100.318.02 wieder ins Budget 2009 aufzunehmen.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Ich nehme kurz zum Antrag Stellung. Wenn man das Budget genau studiert, kann man feststellen, dass genau dieser Betrag im Konto 100.319.00 übriger Sachaufwand berücksichtigt ist. Das Thema wurde in der Finanzkommission ausgiebig diskutiert. Es ist nicht so, dass wenn wir diesen Betrag streichen, dass die begleiteten Besuchstage nicht durchgeführt werden können, sondern es geht einzig und allein darum, dass denjenigen Personen, die an den vorgesehenen Nachmittagen nicht dort sein können, zusätzlich die Möglichkeit haben. Diese Möglichkeit besteht auch im Budget 2009. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Betrag war doppelt im Budget, im Konto 100.318.02 sowie im Konto 100.319.00. Das Problem mit den begleiteten Besuchstagen ist ein grundsätzliches Problem. Das Besuchsrecht wird durch ein Gericht oder eine Behörde angeordnet und muss dann umgesetzt werden. Die Verursacher sind die Eltern, da diese nicht miteinander reden können. Es stellt sich die Frage, ob es die Aufgabe des Staates ist, diese begleiteten Besuchsrechte zu finanzieren. Wenn jemand dieses Angebot nicht bezahlen kann, handelt es sich um einen Sozialfall und wird im Rahmen der materiellen Hilfe übernommen. Es kostet daher die Gemeinde nicht mehr.

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Im Detailbudget 2009 sieht man, dass diese Position doppelt drin ist. Im Budget 2008 gibt es die Position 100.318.02 nämlich noch nicht. Deshalb hat der Gemeinderat diesen Betrag zu Recht gestrichen, es werden damit aber keine Leistungen gekürzt.

Christine Meier Rey: Ich ziehe den Antrag zurück.

2. Bildung

205.302.00 Löhne Nebenämter

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Auf Nachfragen der Finanzkommission führte der Gemeinderat aus, dass die Fr. 1'300.00 für die Betreuung des Malateliers gestrichen werden können und der erhöhte Einführungsaufwand unter der Teamzeit abgebucht würde. Die Fiko schliesst sich diesen Ausführungen an. Streichungsantrag: Fr. 1'300.00 unter Konto 205.302.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 42 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

205.302.00 Löhne Nebenämter

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Der aktuelle Neu- und Umbau des Schulhauses Altenburg bot Gelegenheit, die bisherige Situation der Bibliothek zu analysieren und Ordnung zu schaffen. Die Lehrerbibliothek war bisher durch eine Textliste erfasst und individuelle Schülerbibliotheken sind in den einzelnen Klassenzimmern aufgebaut worden. Die neue Schülerbibliothek im Neubau und die neue Lehrerbibliothek in der umgebauten Arbeitsvorbereitung der Lehrkräfte sind der Anlass zur Sanierung der Situation. Die Sammlung, welche in verschiedenen Schränken und Stockwerken und auf dem Estrich verteilt ist, wird ebenfalls zusammengeführt und die Erfassung aller Artikel/Bücher in einer Datenbank angestrebt. So können Artikel einfach gesucht und die Ausleihe effizient bewirtschaftet werden.

Für die Erfassung dieser Daten fallen Aufwände an, die in einem vernünftigen Zeitrahmen in Form von Teamzeitbeträgen erledigt werden können. Der Gemeinderat geht davon aus, dass dafür mindestens 5 Personen in den nächsten Frühlingsferien während je 30 Stunden benötigt werden. Wenn diese 150 h à 30.00 veranschlagt werden, fallen dafür Fr. 4'500.00 an. Der Gemeinderat war mit der Reduktion von Fr. 9'000.00 auf Fr. 4'500.00 einverstanden. Streichungsantrag: Fr. 4'500.00 unter Konto 205.302.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird einstimmig angenommen.

205.310.01 Schulmaterial

214.314.00 Baulicher Unterhalt durch Dritte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die beiden Konti 205.310.01 sowie 214.314.00 nehme ich zusammen, da eine Mehrheit der Finanzkommission aus denselben Gründen für eine Streichung eingestanden ist. Die Finanzkommission hat sich intensiv und mehrfach mit der Thematik der Budgetierung verschiedener Positionen befasst, welche nicht am Schul-Budgetrundgang thematisiert waren. Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass es sich beim Malatelier um eine Budgetposition von grundsätzlicher Bedeutung handelt, welche eben am Budgetrundgang thematisiert werden müsste, ansonsten sie im Budget nicht berücksichtigt werden kann. Vorliegend ist bei diesen Positionen der Prozess nicht eingehalten worden, weshalb beide Positionen zu streichen sind. Selbst der Gemeinderat war beim Arbeitsmaterial Malatelier mit einer Streichung von Fr. 3'000.00 und bei der Ausstattung des Malateliers von Fr. 6'000.00 einverstanden. Eine Mehrheit der Fiko geht aber weiter und beantragt die umfassende Streichung der beiden Positionen. Streichungsantrag: Fr. 6'000.00 unter Konto 205.310.01 (Arbeitsmaterial Malatelier) sowie Streichungsantrag: Fr. 12'000.00 unter Konto 214.314.00 (Ausstattung Malatelier). Abstimmungsverhältnis: 4 : 2, 1 Enthaltung (7 Anwesende).

Andreas Rufener: Die Fraktion Forum 5430/EVP wehrt sich gegen den Verzicht auf das Malatelier im Schulhaus Altenburg. Ein Malatelier erlaubt den Kindern sich ruhig und konzentriert ausdrücken, ohne die Sprache nutzen zu müssen. Dieser Ausgleich zur Kopf und Sprach geprägten Schule sollte genutzt werden, da der Platz vorhanden ist. Die musischen Fächer kommen sonst in der heutigen Zeit schon immer zu kurz. Ich bitte Sie deshalb, den Streichungsantrag der Finanzkommission abzulehnen.

Werner Hartmann: Wenn dieses Projekt erst nächstes Jahr umgesetzt wird, hat dies schwerwiegende Auswirkungen auf den Schulbetrieb? Vielleicht noch zwei, drei Worte zum Malatelier selbst.

Gemeinderat Daniel Huser: Das sind zwei Aspekte. Der inhaltliche Teil liegt bei der Schule, der andere Teil betrifft den baulichen Bereich. Der Gemeinderat hat beschlossen, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen. Der Budgetrundgang findet nun bereits schon seit einigen Jahren in allen Schulkreisen statt und dauert jeweils einen halben Tag. Die Fiko-Mitglieder sind jeweils mit dabei. Es ist Sache der Schule, sich auf diesen Tag vorzubereiten. Wenn wir nun diesem Begehren nachgeben, werden wir künftig ein Wildwuchs an nachträglichen Anträgen haben. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Antrag der Finanzkommission gutgeheissen und das Projekt im Rahmen des Budget 2010 verwirklicht werden soll.

Abstimmung

Die beiden Streichungsanträge der Finanzkommission werden mit 28 : 15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

205.311.00 Anschaffung von Mobilien

209.311.00 Anschaffung von Mobilien

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die Fiko hatte das Beamer-Konzept der Wettinger Schulen hinterfragt. Als Grundlage für die Beamer-Beschaffung dient nach wie vor der Entscheid der Schulpflege vom 4. Juni 2007. Gemäss Entscheid der Schulpflege sollen die Primarschulen mit 2 Beamern pro Schulkreis, die Oberstufen mit 1 Beamer pro Stufe ausgerüstet werden. Die Finanzkommission sieht keinen Grund, von diesem Konzept abzukommen. Kommt hinzu, dass die Evaluation der Smartboards am Laufen ist. Bis diesbezüglich das weitere Vorgehen bekannt ist, ist am Beschluss der Schulpflege festzuhalten. Streichungsantrag: Fr. 1'500.00 unter Konto 205.311.00 (Altenburg: -1 Beamer) sowie Streichungsantrag: Fr. 6'000.00 unter Konto 209.311.00 (Bez.: -2 Beamer). Abstimmungsverhältnis: 5 : 2 (7 Anwesende).

Marie-Louise Reinert: Wenn Eltern einen Schulbesuch machen, erwarten sie zeitgemässen Unterricht. Vor ein paar Jahren hat ein Vater an einem Elternabend zu einem Buch bemerkt, dessen Jahrgang schon 10 Jahre zurücklag, das Thema sei offensichtlich nicht so wichtig, wenn das Buch in der Zwischenzeit nicht ausgewechselt und erneuert wurde. Dieser Vater sitzt heute auch im Einwohnerrat.

Wenn Sie nun entscheiden, dass es pro Stufe - was ist damit gemeint? Die Bez, die Sek, die Realschule? Oder pro Jahrgang? - einen Beamer geben soll, dann trägt dies gewiss nicht zur Aktualisierung des Schulangebotes bei. Die von der Schulen beantragten Anschaffungen sind durchaus angemessen. Ich weiss, dass die Beamer durch die Lehrpersonen installiert werden. Die Installationskosten erscheinen nicht im Budget.

Thomas Meier: Bevor die Finanzkommission wieder als Erbsenzählerin hingestellt wird, möchte ich etwas sagen. Es kann doch nicht sein, wenn die Schulbehörde eine Weisung betreffend Beamer herausgibt, dass dennoch ein entsprechender Budgetposten beantragt wird. Diese Position dürfte gar nicht im Budget sein und hätte schon durch die Vorinstanzen gestrichen werden müssen. Der schwarze Peter liegt in diesem Fall nicht bei der Finanzkommission.

Marie-Louise Reinert: Vor vielen Jahren hat die Schulpflege eine Weisung erlassen, dass es für die ganze Schule Wettingen nur einen Fotokopierer geben soll. Ich bin ganz sicher, dass diese Weisung nicht korrigiert wurde, sondern dass das Leben diese Weisung überholt hat. Wie fänden Sie eine Schule Wettingen, in der es einen Fotokopierer gibt? - Das zu der Gültigkeit von Weisungen.

Abstimmung

Die Streichungsanträge der Finanzkommission werden mit 28 : 6 Stimmen, 11 Enthaltungen, angenommen.

214.311.00 Anschaffung von Mobilien

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Einmal mehr geht es um die Nichteinhaltung des Prozesses des Schul-Budgetrundgang. Für das Schulhaus Altenburg sind im Budget 2009 zwei Rollwagen zum Verstauen von Notebooks beantragt, welche am Budgetrundgang nicht thematisiert waren. Die Finanzkommission sieht die Notwendigkeit zur Anschaffung eines Rollwagens, schliesst sich aber einstimmig dem Antrag der Streichung eines weiteren Rollwagens von Fr. 6'500.00 durch die Schulleitung Altenburg und den Gemeinderat an. Streichungsantrag: Fr. 6'500.00 unter Konto 214.311.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 44 : 0 Stimmen, zugestimmt.

210.315.00 Mobiliarunterhalt

Josef Wetzel: Im ursprünglichen Budget hat der Gemeinderat in diesem Konto für Fr. 50'000.00 den Wiederaufbau einer Kletterwand geplant, die vor der Renovation in der Bezirksschule stand. Der Betrag wurde im uns vorliegenden Budget gestrichen. Diese Kletterwand ist für den Schulsport, aber auch zum Beispiel im Rahmen des Programms "wettingen.bewegt" eine sehr sinnvolle Einrichtung. Im Namen der Fraktion SP/WettiGrünen stelle ich den **Antrag**, den Betrag von Fr. 50'000.00 für den Wiederaufbau der Kletterwand wieder ins Budget zu nehmen.

Gemeinderat Daniel Huser: Das Thema Kletterwand wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie tägi geprüft. Wir sind zum Schluss gekommen, dieses Thema aus der Machbarkeitsstudie herauszunehmen. Der Gemeinderat ist also nicht grundsätzlich gegen eine Kletterwand. Die Schulpflege hat den Auftrag, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes einen sinnvollen Standort zu eruieren. Sobald diese Gesamtschau vorliegt, wird der Gemeinderat entscheiden und den notwendige Betrag im nächsten Budget berücksichtigen.

Werner Hartmann: Können wir davon ausgehen, dass ein entsprechender Betrag im Voranschlag 2010 berücksichtigt wird?

Gemeinderat Daniel Huser: Ja, Sie können davon ausgehen, sofern die Schulpflege uns bis zu diesem Zeitpunkt einen Vorschlag unterbreitet.

Josef Wetzel: In diesem Fall ziehe ich meinen Antrag zurück.

219.301.03 Löhne Schulleitung/Rektorat

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Für eine Mehrheit der Finanzkommission ist die Notwendigkeit der Stellenaufstockung von 70 % im Schulsekretariat nicht ausgewiesen, auch nicht nach der Beantwortung der offenen Fragen anlässlich der gemeinsamen Sitzung der Fiko mit dem Gemeinderat. Hinzu kommen sehr widersprüchliche Ausführungen des Gemeinderates. Wenn bei den Bemerkungen zum Stellenplan die Rede davon ist, dass die Pensen gemäss kantonaler Vorgabe nach oben angepasst werden müssen, heisst es bei den allgemeinen Erläuterungen unter Konto 219.301.03, dass sich die Stellendotation immer noch unter den kantonalen Empfehlungen bewege. Eine Überlastung der Schulsekretariate konnte der Gemeinderat überdies nicht glaubhaft machen. Der Streichungsantrag verlangt die Reduktion des Budgets um die vorgenommene Erhöhung von 70 %. Streichungsantrag: Fr. 49'000.00 unter Konto 219.301.03. Abstimmungsverhältnis: 3 : 2, 2 Enthaltung (7 Anwesende).

Yvonne Vogel: Dieser Budgetposten hat auch in der FDP-Fraktion einige Diskussionen ausgelöst. Einerseits sind wir der Meinung, dass eine Entlastung der Schulleitungen durch die Sekretariate absolut wünschenswert ist, andererseits werden in allen Berufsgattungen in vergleichbaren Kaderpositionen eine vertretbare Anzahl Überstunden geleistet.

In der Erwartung, dass die Qualität der Schule und somit die Kinder von dieser Anpassung profitieren werden, unterstützt die FDP jedoch den gemeinderätlichen Budgetvorschlag.

Somit sollte auch gewährleistet sein, dass in Zukunft die Überstunden nicht für administrative Arbeiten, sondern für die Kernaufgaben eingesetzt werden können.

Esther Elsener Konezciny: Die Berechnungen der Stellenprozente für die Schulleitungen, inkl. der Sekretariate von Kindergärten, Primarschule, Real, Sek und Bez basieren auf der Anzahl der Schüler/innen und der „Kant. Verordnung zur geleiteten Schule“. Die Aufstockung von 70 % entspricht diesen Grundlagen und begrüssen wir sehr. Wir sehen dies als einen äusserst wirksamen und sinnvollen Einsatz der Ressourcen an.

Nach Rücksprache mit dem BKS kann gesagt werden, dass diejenigen Schulleitungen, die ein effizientes Sekretariat zur Verfügung haben, inhaltlich und strategisch erhöhte Qualität in der Arbeit erbringen können. Und das ist es doch gerade, was wir jetzt und in Zukunft für unsere Schule brauchen und was von allen Parteien gefordert wird. Nämlich Bedingungen schaffen, die es ermöglichen, den Auftrag, den die Schule hat wahrnehmen zu können.

Es werden zu den jetzt schon komplexen und vielfältigen Aufgaben nochmals mehr Arbeiten auf die Schulleitungen zukommen, sei dies im Zusammenhang mit dem Bildungskleeblatt oder Teilen des Bildungskleeblattes, sei dies allenfalls auch im Zusammenhang mit verschiedenen hängigen Postulaten. Um den Schulleitungen und damit letztlich allen Lehrpersonen gute Arbeitsbedingungen zu ermöglichen damit inhaltlich und strukturell gute Arbeit geleistet werden kann, sollten die Sekretariate um die erwähnten Stellenprozente erhöht werden.

Wir empfehlen deshalb, den Voranschlagskredit 219.301.03 wie vom Gemeinderat im Budget aufgenommen zu belassen und damit die Erhöhung der Sekretariate um 70 % zu bewilligen. Der Streichungsantrag der Finanzkommission um Fr. 49'000.00 sei abzulehnen.

Andreas Rufener: Für die Fraktion EVP/Forum 5430 ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Stellenprozente in den Rektoraten der Schulleitungen wie vorgeschlagen angehoben werden können. Wir sind klar gegen den Vorschlag der Finanzkommission, welche das Geld dazu im Budget streichen will. Die Arbeitslast der Schulsekretariate ist sehr gross, so dass heute Überstunden geleistet werden müssen. Die Empfehlungen des Kantons bezüglich der Stellenprozente wurden ebenfalls angehoben, womit klar wird, dass die Anhebung notwendig ist. Da viele Schulsekretariate im Teilzeitarzt besetzt sind, können die einzelnen Stellenprozente jeweils angehoben werden. Es ist nicht mit zusätzlichen Büroplätzen oder mit einer Personalsuche zu rechnen. Bitte lehnen Sie den Streichungsantrag der Finanzkommission ab.

Thomas Meier: Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates. Zu Beginn standen viele Fragen im Raum. Unser Schulpflegemitglied in der Fraktion konnte diese Fragen beantworten und hat entsprechend argumentiert. Für uns war dann schnell klar, dass wir den gemeinderätlichen Antrag unterstützen. Natürlich haben wir auch unseren Fiko-Vertreter gefragt, wie in der Finanzkommission ein solcher Entscheid gefällt werden könnte. Die Antwort war, dass nach mehrmaligen Nachfragen keine Argumentationen vorlagen. Die CVP-Fraktion hätte nach diesem Wissenstand gleich entschieden. Mit den zusätzlichen Informationen seitens unserer Schulpflegerin sind wir jedoch zu einer anderen Meinung gelangt. Wenn dieser Betrag nun aus dem Budget fallen würde, würde der Fehler beim Verantwortlichen für die Schule im Gemeinderat liegen. Er konnte zum Zeitpunkt der Vorprüfung gegenüber der Finanzkommission keine entscheidende Argumente liefern. In diesem Zusammenhang verstehen wir die Finanzkommission. Aufgrund der uns vorliegenden Zusatzinformationen seitens der Schulpflege unterstützen wir aber den gemeinderätlichen Antrag.

Vizeammann Heiner Studer: Ich beschränke mich in meinem Votum auf den politischen Teil und gebe anschliessend das Wort für den inhaltlichen Teil an den Schulpflegepräsidenten weiter.

Der von Thomas Meier geschilderte Prozess lief nicht so ab. Der Vertreter der Finanzkommission für den Schulbereich liess sich durch den Schulsekretär informieren und hat aufgrund dessen einen Bericht verfasst. Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Stellenerhöhung aufgrund des Bildungskleeblattes notwendig ist. Es ist absolut verständlich, dass die Finanzkommission nichts bewilligen will, da bezüglich Bildungskleeblatt noch gar nichts entschieden ist. Aufgrund dessen haben wir der Finanzkommission entsprechend Antwort gegeben. Uns hat erstaunt, dass niemand aus der Finanzkommission mit dem Schulpflegepräsidenten das Gespräch gesucht hat. Meiner Meinung nach soll künftig das Gespräch mit derjenigen Person gesucht werden, welche die politische Verantwortung innehat, damit die Möglichkeit besteht, auf die Argumente und Fragen der Finanzkommission einzugehen. Für den Gemeinderat ist wichtig, dass diese Ergänzung bewilligt wird. Für die fachlichen Ausführungen möchte ich gerne das Wort an den Schulpflegepräsidenten weitergeben.

Franz Hard, Präsident Schulpflege: Es wurde bereits Verschiedenes gesagt, und es wurde gut gesagt, ich möchte mich daher auf zwei Aspekte beschränken:

- Eine Umfrage hat gezeigt, dass der administrative Aufwand in den Schulkreisen gestiegen ist. Gründe dafür sind u. a. vermehrte Teilpensen der Lehrpersonen, Job-sharing sowie kurzfristige Stellvertretungen, der Formulkrieg mit dem BKS hat seit der Einführung von GAL (Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen) stark zugenommen. Auch gibt es vermehrte Anfragen von Eltern über die Schule.
- Um das abzufangen und die Schulleitungen nach Möglichkeit etwas von administrativen Arbeiten zu entlasten, möchten wir die Sekretariatspensen erhöhen. Die Schulleitungen sollen sich auf ihre zentralen Aufgaben wie pädagogische Führung, Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung sowie Personalführung konzentrieren. Die Aufgaben der Schulleitungen nehmen laufend zu. Ich denke da z. B. an die Umsetzung des Qualitäts-Leitbildes, die Umsetzung der Empfehlungen aus der externen Evaluation, die Einführung der neuen Promotionsverordnung auf das Schuljahr 2009/2010 sowie an das neue Präventionskonzept, das demnächst in den Einwohnerrat kommt, in der Schule aber bereits eingeführt wird.

Wir von der Schulpflege erachten diese Anpassung der Sekretariatspensen als notwendig und sinnvoll für die Entwicklung unserer Schule.

Thomas Bodmer: Es gibt eine ganze Reihe von Gründen, die uns an dieser Pensumserhöhung zweifeln lassen. Beispielsweise das Bildungskleeblatt. Dieses Paket ist sehr umstritten und es ist unsicher, ob es überhaupt jemals in dieser Form kommt. Ich höre Klagen von Lehrer und Schulleitungen über den zusätzlichen administrativen Aufwand, welcher durch das Sekretariat abgewickelt werden muss. Qualitätssicherung hin oder her, das hin und her schieben von Arbeit produziert natürlich mehr Arbeit.

Vor gut einem Jahr haben wir hier das Thema Randzeitenbetreuung im Einwohnerrat behandelt. Ich habe damals sehr viel Bedenken geäußert über dieses Konzept. Der zuständige Gemeinderat wollte, dass die Administration über die Schulsekretariate abgewickelt wird. Es ist damals die Aussage gefallen, dass die Kapazitäten ausreichen, um diese zusätzlichen Arbeit auszuführen. Es wurden uns damals Kostenberechnungen vorgelegt, welche auch durch die Finanzkommission geprüft wurden. Der Einwohnerrat hat damals entschieden, die Administration in einem separaten Verein auszulagern, und den zusätzlichen Kostenaufwand für die Administration durch die Gemeindekasse zu bezahlen. Offenbar hatte diese Aufgabe vor einem Jahr noch Platz. Deshalb erstaunt es mich schon, dass innerhalb nur eines einzigen Jahres die Situation so geändert hat, dass nun eine Pensumserhöhung beantragt werden muss.

Werner Hartmann: Kurz etwas zu diesem hin und her zwischen Schulpflege und Finanzkommission. Ich denke, wir sind im Budgetprozess immer alle etwas unter Druck. Der Schulbereich wird in der Finanzkommission durch einen SVP-Vertreter kontrolliert. Persönlich bin ich der Auffassung, dass die Struktur sehr komplex ist mit den Schulsekretariaten, den Schulleitungen, der Schulpflege etc. Eine Vereinfachung der Strukturen würde auch eine Vereinfachung des Budgetprozesses mit sich bringen.

Vizeammann Heiner Studer: Ich möchte eine Falschaussage zur Randzeitenbetreuung korrigieren. Bei der Variante über die Schulen haben wir eine zusätzliche Erhöhung der Sekretariatspensen vorgeschlagen und beantragt.

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 9 : 32 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

228.314.00 Unterhalt und Reparaturen immobile Sachanlagen**228.380.01 Ertragsüberschuss**

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Unter dieser Position ist auf dem Pausenhof der HPS, unmittelbar beim Eingang zum Schulhaus, eine Holzüberdeckung eines Kiesbetts vorgesehen. Die Überdeckung wird benötigt, da die Kinder die Steine im Areal herumwerfen und auch mit den Schuhen ins Schulhaus hineintragen und dadurch eine Vielzahl von Kratzern im Boden verursachen. Auf Anregung der Fiko ist der Gemeinderat damit einverstanden, die Holz-Überdeckung durch eine Gitterlösung zu ersetzen. Dies hat eine Reduktion des Budgetpostens von Fr. 10'000.00 zur Folge. Bei der HPS als Eigenwirtschaftsbetrieb ist diese Streichung unter dem Konto 228.380.01 auszugleichen. Streichungsantrag: Fr. 10'000.00 unter Konto 228.314.00 sowie Erhöhungsantrag: Fr. 10'000.00 unter Konto 228.380.01. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der beiden Anträge der Finanzkommission werden mit 43 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

3. Kultur, Freizeit**346.311.00 Anschaffungen von Mobilien und Geräten**

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Ursprünglich war die Beschaffung einer neuen Kochstation im Saal des tägi vorgesehen. Aufgrund einer Priorisierung und in Absprache mit dem Pächter des Restaurant tägi kann die Anschaffung nach Meinung des Gemeinderates auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben werden. Der Gemeinderat ist mit dem Streichungsantrag der Fiko einverstanden. Streichungsantrag: Fr. 25'000.00 unter Konto 346.311.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 44 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

4. Gesundheit

450.318.00 Projekte Präventionsmassnahmen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Unter dieser Position ist die Finanzierung von Projekten wie beispielsweise "Die Gemeinden handeln" (Alkoholprävention) budgetiert. Die Finanzkommission erachtet den Sparwillen des Gemeinderates unter dieser Position als falsches Zeichen zum falschen Zeitpunkt. Erhöhungsantrag: Fr. 5'000.00 unter Konto 450.318.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Erhöhungsantrag der Finanzkommission wird mit 43 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

460.301.00 Löhne Schulärzte

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Unter diesem Posten wurde bis vor einem Jahr auch die Zahnprophylaxe abgerechnet. Per 4. August 2008 wies dieses Konto einen Saldo von Fr. 3'699.70 auf. Maximal wird mit einem Saldo von Fr. 15'000.00 zu rechnen sein. Eine Kürzung um Fr. 20'000.00 kann gemäss Gemeinderat vorgenommen werden. Streichungsantrag: Fr. 20'000.00 unter Konto 460.301.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 45 : 0 Stimmen angenommen.

460.365.01 Beitrag Dyskalkulietherapie

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Dieses Konto wies per 25. August 2008 eine Belastung von Fr. 15'746.00 auf. Per Ende Jahr ist mit einem Saldo von maximal Fr. 38'000.00 zu rechnen. Der Gemeinderat ist mit einer Kürzung um Fr. 40'000.00 einverstanden. Streichungsantrag: Fr. 40'000.00 unter Konto 460.365.01. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Streichungsantrag der Finanzkommission wird mit 45 : 0 Stimmen angenommen.

5. Soziale Wohlfahrt und 6. Verkehr

Keine Bemerkungen.

7. Umwelt, Raumordnung

780.318.04 Honorare Energieberatung

Werner Hartmann: Im Budget 2008 sind Fr. 15'000.00 budgetiert, jetzt sind es noch Fr. 8'000.00. In der Rechnung 2007 wurden über Fr. 9'000.00 beansprucht. Ich stelle den **Antrag**, dass diese Budgetposition um Fr. 7'000.00 auf Fr. 15'000.00 erhöht wird. Es ist falsch, ausgerechnet in Zeiten wie diesen im Bereich der Energieeinsparung zu sparen. Die Gemeinde sollte ihre diesbezüglichen Aufgaben wahrnehmen können.

Gemeinderat Roland Kuster: Es geht um Energie, deshalb erlaube ich mir ein paar kurze Worte. In der Rechnung 2007 hatten wir einen Aufwand von Fr. 9'840.00. Sie wissen alle, dass die Energieberatung extern organisiert. Wir erhalten jeweils Ende Jahr eine Rechnung nach Aufwand, welche über dieses Konto abgerechnet wird. Wir sind der Auffassung, dass der Betrag wie budgetiert belassen werden soll. Insbesondere deshalb, weil der Gemeinderat bereits im Zusammenhang mit einem Postulat den Erwerb des Energiestadtlabel prüft. Dann wird auch die Energieberatung in diesem Zusammenhang ein eigenständiges Thema werden.

Thomas Meier: Es geht nicht darum, dass weniger Energieberatung angeboten wird als bisher, sondern es geht lediglich um eine Anpassung an die Realität. Wenn nächstes Jahr Fr. 9'000.00 gebraucht werden, dann wird dieser Betrag auch bezahlt und das Budget entsprechend überschritten.

Werner Hartmann: Im Budget 2008 ist ein Betrag von Fr. 15'000.00 eingestellt. Ich beantrage lediglich eine Beibehaltung. Gerade beim Wechsel von Elektroheizungen zu energiesparenden Heizsystemen ist ein grosser Beratungsaufwand notwendig. Es wäre ein symbolisches Zeichen, den Betrag 2008 beizubehalten.

Leo Scherrer: Wie gesagt, es geht um ein symbolisches Zeichen, dass die Energieberatung gerade in der heutigen Zeit ein wichtiges Zeichen ist. Es wäre falsch, hier jetzt einzusparen, wenn so oder so klar ist, dass allfällige Mehrkosten übernommen werden.

Gemeinderat Roland Kuster: Ehrlich gesagt sind wir nicht dazu da, symbolische Budgets zu kreieren, sondern ein möglichst seriöses und adäquates Budget zu präsentieren. Die Symbolträchtigkeit eines Budgets ist nicht massgebend.

Pius Benz: In diesem Zusammenhang interessiert mich, wie man die Energieberatung in Anspruch nehmen kann? Was für Leistungen werden erbracht und welche werden durch die Gemeinde finanziert?

Gemeinderat Roland Kuster: Wir können dieses Thema gerne gemeinsam an einer der nächsten Verwaltungskommissionssitzungen miteinander diskutieren.

Abstimmung

Der Antrag von Werner Hartmann wird mit 22 : 20 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

8. Volkswirtschaft

860.412.00 Konzessionsgebühren EWW

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Damit im Voranschlag des EWW und der Einwohnergemeinde die identischen Werte ausgewiesen werden, erfolgt eine eher "kosmetische" Anpassung im Budget der Einwohnergemeinde. Erhöhungsantrag: Fr. 2'500.00 unter Konto 860.412.00. Abstimmungsverhältnis: 7 : 0 (7 Anwesende).

Abstimmung

Der Erhöhungsantrag der Finanzkommission wird mit 44 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

9. Finanzen

900.400.01 Einkommens- und Vermögenssteuern

990.332.01 Pflichtabschreibungen

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission beantragt ihnen einstimmig, die Budgetkorrektur über die Konti "Pflichtabschreibungen" (+ 1 % Pflichtabschreibungen) sowie "Einkommens- und Vermögenssteuern" vorzunehmen. Gemäss Anträgen der Finanzkommission belief sich die Korrektur auf Fr. 253'300.00, somit auf eine Erhöhung der Budgetposition Pflichtabschreibungen von Fr. 216'040.00 sowie eine Reduktion von Fr. 37'260.00 bei der Position Einkommens- und Vermögenssteuern. Allfällige Ergänzungen oder Änderungen des Einwohnerrats sind zusätzlich zu berücksichtigen!

Erläuterungen

Marianne Ryf: Den allgemeinen Erläuterungen kann entnommen werden, dass eine Erhöhung der Lohnprozente um 2.8 % vorgesehen ist. Nach Aussage der Finanzkommission ist dies eine angemessene Erhöhung. Die Erhöhung setzt sich aus einem generellen und einem leistungsbezogenen Anteil zusammen. Der generelle Anteil kommt allen Mitarbeitenden zugute. Währenddessen der individuelle Anteil nur denjenigen mit besonderen Leistungen zugute kommt. Wie hoch der generelle Anteil sein wird, ist zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt, sondern wird erst Ende 2008 festgelegt. In der Schweiz sind in den letzten Monaten die Preise stark gestiegen. Das Bundesamt für Statistik rechnet für das laufende Jahr mit einer Teuerung von 2.6 %. Damit wäre eine generelle Lohnerhöhung von 2.6 % für alle angemessen. Alles andere führt zu einem Verlust der Kaufkraft. Aus unserer Sicht hätte hier eine Anpassung an die Realität gemacht werden sollen.

Stellenplan

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen nicht verlangt

Voranschlag EWW

Keine Wortmeldungen.

Steuerfuss

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: In der Finanzkommission wurde im Zusammenhang mit der Steuerfussdiskussion ein Erhöhungsantrag diskutiert. Letztlich verabschiedete die Finanzkommission das Budget 2009 basierend auf einem Steuerfuss von 87 % und Pflichtabschreibungen von 9 %.

Eine Mehrheit der Finanzkommission will das momentan tiefe Steuerfussniveau halten. Sämtliche Mitglieder sind sich bewusst, dass die weitere Entwicklung der Finanzen im Auge behalten werden muss. Dazu wird uns der Rechnungsabschluss 2008 im kommenden Frühling mehr Informationen liefern und eine Reaktionsmöglichkeit im kommenden Herbst für das Budget 2010 ist jederzeit möglich. Aufgrund der Streichungsanträge ergab sich wie bereits erwähnt eine Ergebnisverbesserung von Fr. 253'300.00. Die Finanzkommission war einstimmig der Meinung, die Pflichtabschreibungen gegenüber dem Budgetvorschlag des Gemeinderates zu erhöhen, was einen neuen Satz von 9% Pflichtabschreibungen bei einem Steuerfuss von 87% ergibt. Der Restbetrag von Fr. 37'260.00 wurde im Konto „Einkommens- und Vermögenssteuern“ (900.400.01) berücksichtigt.

Abschliessend empfiehlt Ihnen die Finanzkommission bei einem Abstimmungsverhältnis von 5 : 2 bei 7 Anwesenden folgenden Beschluss zu fassen:

Der Voranschlag 2009 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie das Budget 2009 der Einwohnergemeinde seien zu genehmigen, wobei der Steuerfuss auf 87 % und zusätzliche Pflichtabschreibungen von 9 % festgelegt werden.

Markus Maibach: Ich möchte nicht mehr alles wiederholen. Die Fraktion SP/WettiGrünen stellt den **Antrag**, den Steuerfuss um 3 % von 87 auf 90 % zu erhöhen. Das vorliegende Budget zeigt, wohin ein weiterhin zu tiefer Steuerfuss führen wird. Eine 3-prozentige Steuerfusserhöhung würde uns weiterhin Pflichtabschreibungen von 15 % ermöglichen, so wie dies ursprünglich im Finanzplan auch vorgesehen war. Wenn die Gemeinde jetzt schon nicht mehr in der Lage ist, 15 % abzuschreiben, wie sieht das aus, wenn tatsächlich all diese grossen Investitionen getätigt werden sollen? Setzen Sie mit einer Steuerfusserhöhung ein Zeichen für die Zukunft, damit Wettingen in der Lage ist, grosse Investitionen zu tätigen, ohne gleichzeitig den Steuerfuss deswegen erhöhen zu müssen.

Thomas Bodmer: Die SVP-Fraktion hat bisher darauf verzichtet, einen Antrag auf Steuerfussenkung zu stellen. Nicht etwa, weil wir der Meinung wären, dass der Steuerfuss heute auf der richtigen Höhe sei, sondern aus dem einfachen Grund, dass wir bei der momentanen Situation im Einwohnerrat nicht die geringsten Chancen haben.

Wenn wir heute Steuern auf Vorrat anlegen, können wir später dem Bürger die Investition von Fr. 130 Mio. für das tägi besser schmackhaft machen, weil dadurch verhindert wird, dass diese Diskussion gleichzeitig mit der Diskussion um eine Steuerfusserhöhung stattfindet.

Bei den Pflichtabschreibungen ist zu unterscheiden zwischen einer gesetzlichen Pflicht und einer betriebswirtschaftlichen Pflicht. Es macht den Anschein, als hätten wir bisher nur 15 % abgeschrieben. Das ist aber nicht wahr. Es werden jedes Jahr 25 % der Investitionen abgeschrieben. D.h. in 4 Jahren ist alles auf null abgeschrieben und die gesamten Investitionen wurden über die laufende Rechnung abgetragen. In einem Unternehmen, in dem man betriebswirtschaftlich denkt, würde nie jemand auf eine solche Idee kommen. Das Steueramt würde ausflippen, wenn jemand seine Liegenschaft innert 4 Jahren auf null abschreiben würde. In diesem Bereich sind nämlich nur 2 - 4 % Abschreibungen pro Jahr überhaupt erlaubt. In den 60-/70-er Jahre wurde die Abschreibungspflicht in den Gemeinden eingeführt. Inzwischen wurde die jährliche Abschreibung bei 10 % festgesetzt. In Wettingen will man nun den Druck auf die Investitionen erhöhen und darüber hinaus freiwillig 15 % zusätzlich abschreiben. D.h. der Einwohnerrat und das Volk legen dem Gemeinderat die Pflicht auf, dass 15 % zusätzlich abzuschreiben sind. Wenn dann im Jahresabschluss noch Geld übrig ist, schieben wir das seit Jahren ebenfalls zusätzlich in die Position Abschreibungen. Aber in Tat und Wahrheit haben wir die Investitionen schon längstens abgeschrieben. Somit haben wir einen gewaltigen Vorrat an stillen Reserven.

Wenn nun von der SP ein Antrag auf Steuerfusserhöhung gestellt wird, sieht sich die SVP gezwungen einen Gegenantrag zu stellen. Die SVP-Fraktion stellt daher den **Antrag**, den Steuerfuss von heute 87 % um 7 % auf 80 % zu reduzieren. Eine solche Reduktion ist für Wettingen absolut verkraftbar. Ich möchte daran erinnern, wie die Steuersituation im Kanton Aargau ist. Der beste Steuerzahler in Wettingen zahlt meines Wissens nach jährlich Fr. 2 Mio. in die Gemeindekasse ein. Mit einem Wohnsitzwechsel nach Wollerau SZ würde diese Person pro Jahr ca. Fr. 1.6 - 1.7 Mio. sparen. Die höheren Liegenschaftspreise in Wollerau wären somit nach einem Jahr amortisiert. D.h. wir sind um den Faktor 5 teurer. Mit der Beibehaltung des Steuerfusses verärgern wir vor allem die guten Steuerzahler. Ein weiteres Argument ist die Situation in Baden. Dort werden die Steuern nun auf 95 % gesenkt, nachdem eine liberale Partei an der Macht ist und nicht mehr Sepp Bürge. Eine Angleichung der Steuerfüsse wäre sicher gut, wenn wir mit Baden fusionieren würden. Da wir aber eigenständig bleiben wollen, müssen wir eine andere Politik fahren und uns von Baden unterscheiden. Einer dieser Faktoren ist der Steuerfuss.

Thomas Meier: Wir kommen in etwa auf die gleiche Diskussion zurück, wie wir sie schon vor 2.5 Stunden beim Eintreten hatten. Die Ausgangslage ist klar. Die beiden Positionen sind 180 Grad diametral. Das lustige daran ist aber, dass beide Gruppierungen gleich stimmen werden. Die Fraktion SP/WettiGrünen konnte in aller Öffentlichkeit verkünden, dass sie einen Steuerfuss von 90 % will. Die SVP hingegen stellt völlig kurzfristig den Antrag, den Steuerfuss auf "realistische" 80 % zu senken. In den Medien wird dies natürlich wahrgenommen. Aber die Politik wird hier drin gemacht. Die beiden Fraktionen kommen auf 23 von 50 Stimmen. Dies ist schon relativ nahe am absoluten Mehr. Es liegt aber wie so oft wieder an ein paar wenigen Konstruktiven in der Mitte, völlig unspektakulär den richtigen Entscheid zu treffen. Das steht dann vielleicht morgen nicht in der Zeitung, aber es ist der richtige Weg. Diese zwei, die heute diese Forderungen stellen, wissen das. Deshalb können sie diese Forderungen stellen und müssen weiterhin keine Verantwortung übernehmen, weil sie wissen, dass ihre Anträge nicht angenommen werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir hier drin wirklich überlegen sollten, was am besten für die Gemeinde ist und nicht irgendwelche Wahlkampfaktik betreiben und Unwahrheiten verbreiten. Ich hoffe, dass wir eine Mehrheit finden für das vorliegende Budget. Der Voranschlag 2009 wurde sehr realistisch und seriös erstellt.

Thomas Bodmer: Ich möchte der Aussage von Thomas Meier nicht widersprechen, dass zwei Parteien taktische Manöver machen. Wir sagen schon jahrelang, dass es Luft hat im Budget, und jedes Jahr machen wir wieder Überschüsse in Millionenhöhe. Das ist die Realität.

Werner Hartmann: Es wird uns vorgeworfen, dass wir uns medienwirksam positionieren wollen. Das stimmt nicht. Wir haben uns intensiv Gedanken über das vorliegende Budget gemacht. Es ist unsere tiefe Überzeugung, dass die Schulden nicht erhöht werden sollten und deshalb vorsichtig budgetiert werden soll. Ein Steuerfuss von 90 % ist deshalb aus unserer Sicht für die Gemeinde das Richtige.

Gemeindeammann Dr. Markus Dieth: Der Gemeinderat hat seine Gründe bereits ausführlich dargelegt. Ich gehe deshalb nicht weiter darauf ein. Der Einwohnerrat hat nun über 3.5 Stunden über das Budget diskutiert und Einsparungen von rund Fr. 130'000.00 erzielt. Diese Ergebnisverbesserung muss noch kompensiert werden. Beim Antrag der SVP müssten Kompensationen in der Höhe von Fr. 4.6 Mio. gesucht werden. Das würde vermutlich zu lange dauern.

Thomas Bodmer: Wir beantragen die Kompensation in Positionen, in denen wir wissen, dass es zu viel Luft hat, beispielsweise im Sozialbereich. Zudem sollten die zusätzlichen Pflichtabschreibungen auf 0 % gesenkt werden. Gemeinsam gebe dies in etwa diesen Betrag, der benötigt würde.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrünen wird gegenüber dem Antrag der Fraktion SVP mit 14 : 9 Stimmen, bei 22 Enthaltungen, angenommen.

Der Antrag der Fraktion SP/WettiGrün wird gegenüber dem Antrag der Finanzkommission mit 14 : 28 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, abgelehnt.

Der Antrag der Finanzkommission (87 % Steuerfuss mit 9 % Pflichtabschreibungen) wird gegenüber dem Antrag des Gemeinderates (87 % Steuerfuss mit 8 % Pflichtabschreibungen) mit 23 : 22 Stimmen, angenommen.

Budgetausgleich

Martin Frey, Finanzverwalter: Die 1%-ige Erhöhung der Pflichtabschreibungen beläuft sich auf rund Fr. 216'000.00 und die Ergebnisverbesserung beträgt rund 139'800.00. Somit muss der Betrag von Fr. 76'240.00 ausgeglichen werden. Am einfachsten wäre der Ausgleich über den Steuerertrag.

Abstimmung

Der Antrag, den Budgetausgleich über den Steuerertrag (Kto. 900.400.01) vorzunehmen, wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 : 13 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Der Voranschlag 2009 des Elektrizitäts- und Wasserwerkes sowie der Einwohnergemeinde werden genehmigt, wobei der Steuerfuss auf 87 % und zusätzlich Pflichtabschreibungen von 9 % festgelegt werden.

6. Kreditbegehren von Fr. 8'629'000.00 betreffend Erneuerung der Alberich Zwyssigstrasse (Kantonsstrasse K 425), des Abwasserkanals und der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, Teilstück Etzelstrasse bis Kreisel Landstrasse

Werner Hartmann, Vertreter Finanzkommission: Beim der zu sanierenden Alberich Zwyssigstrasse handelt es sich um ein langes Strassenstück, entsprechen hoch sind die anfallenden Kosten und ich erlaube mir deshalb einige Bemerkungen. Ich beginne von hinten: Die Finanzkommission empfiehlt mit 5:0 bei 5 Anwesenden Annahme der Kreditvorlage. Es handelt sich hier um ein Tiefbauvorhaben. Im Unterschied zu Hochbauvorhaben und hier insbesondere zu Sanierungen im Hochbau, lassen sich die Kosten bei Strassensanierungen relativ gut abschätzen. Bei dieser Kreditvorlage ist deshalb bei der Kreditabrechnung kaum unerwarteten Abweichungen zu rechnen.

Zu den Kosten: Ich möchte die wesentlichen Teile der Kosten von rund 8.6 Mio Franken kurz skizzieren und zeigen, dass sich die auf den ersten Blick hohen Kosten relativieren. Bei der Alberich-Zwyssigstrasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse. Der Kanton will den Strassenbelag erneuern und kann das in eigener Regie veranlassen. Von den anfallenden Kosten übernimmt der Kanton rund 1 Mio Franken, der Kostenanteil der Gemeinde beträgt rund 1.5 Mio Franken.

Beginnend mit der Kreditvorlage Aeschstrasse anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung werden aus Gründen der Transparenz neu auch die Kosten des EWW aufgewiesen. Diese Kosten betragen beim vorliegenden Kreditantrag rund 1.35 Mio Franken und werden über die gebührenfinanzierten Rückstellungen des EWW abgedeckt. Rund 4.5 Mio Franken der Gesamtkosten gehen zu Lasten des gebührenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetriebes Abwasserbeseitigung. Berücksichtigt man also den Kantonsbeitrag und die Beiträge aus den Eigenwirtschaftsbetrieben EWW und Abwasserbeseitigung, verbleiben von den 8.6 Mio Franken nur noch knapp 2 Mio Franken wirkliche Ausgaben für die Einwohnergemeinde, quasi steuerfussrelevante Aufwendungen.

Die gesamthafte Erneuerung des langen Strassenabschnittes drängt sich aus zwei Gründen auf: Bei der Alberich Zwyssigstrasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse. Der Kanton will im Abschnitt Etzelstrasse bis zum neuen Kreisel Landstrasse eine Strassenoberbauerneuerung vornehmen. Diese Strassenerneuerung würde unabhängig von weitergehenden Sanierungsmassnahmen durchgeführt. Die Erneuerung der Abwasserkanäle des Strassenabschnittes ist auch in der GEP-Planung für 2009/2010 vorgesehen. Es macht Sinn, den Strassenbelag und die Kanalisation gleichzeitig zu sanieren.

Zum Projekt als solches: Die Vorlage bringt im Bereich Bahnhof Verbesserungen für den Langsamverkehr, ebenso Verbesserungen bei der Einmündung Etzelstrasse und verschiedene weitere Verbesserungen. Auf den ersten Blick erstaunen mag die starke Reduktion der Parkplatzzahl bei der Bezirksschule. Diese Parkplätze sind heute quer zur Strasse angelegt und das Herausfahren aus den Parkplätzen ist heikel. Der Kanton toleriert bei Kantonsstrassen keine solchen Parkplätze mehr, d.h. entweder müssen die Parkplätze in Längsparkplätze - wie im Projekt vorgesehen - umgewandelt werden oder die Parkplätze müsste in Richtung Sportplatz hinter das bestehende Trottoir verlegt werden, eine Lösung die ebenfalls problematisch ist. Tatsache ist, dass die Parkplätze wenig ausgelastet sind, deshalb ist die Reduktion der Parkplatzzahl durchaus vertretbar. Ich habe selbst eine nicht repräsentative Erhebung gemacht und zu sieben verschiedenen Zeitpunkten die Belegung der Parkplätze gezählt. Resultat: Im Schnitt sind nur 47% der Parkplätze belegt.

Die Finanzkommission empfiehlt mit 5 : 0 bei 5 Anwesenden Annahme der Kreditvorlage.

Pius Benz: Die SVP-Fraktion sieht den Bedarf für die Sanierung. Was uns aber stört ist, die neue Nutzung der Parkplätze. Ich möchte deshalb den Gemeinderat anfragen, ob es beabsichtigt ist, in absehbarer Zeit die Parkplätze wieder zur Verfügung zu stellen oder ob sie für immer verloren sind? Prüft der Gemeinderat beispielsweise den Bau einer Tiefgarage beim Rathaus?

Marie-Louise Reinert: Ich habe zwei Anliegen. 1. Bei den Längsparkplätzen sollte der Abstand zur Strasse genügend gross sein, damit die Autotüre geöffnet werden kann, ohne dass man mit dem Velo hineinfährt. Diese Parkier-Situation ist an der Landstrasse für Velofahrer gefährlich. 2. Man sollte den Bäumen Sorge tragen, den bestehenden und den neuen.

Paul Koller: Ich bin nicht einer, der Parkplätze abbauen will, weil die Autos, die ich tagtäglich verkaufe, müssen ja irgendwo parkieren. Auch ich habe mir dieses Anliegen zu Herzen genommen und bin die letzten zweieinhalb Wochen zu verschiedenen Zeiten an diesen Parkplätzen vorbeigefahren, und es hatte nie mehr als 11 Fahrzeuge. Deshalb ist es sicherlich gerechtfertigt, die Menge der Parkplätze zu reduzieren.

Marco Kaufmann: Die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt die vorliegende Vorlage. Insbesondere begrüssen wir die bessere Anbindung der Velowege an den Bahnhof. Dies als kleiner Trost, dass die Bahnhofsanierung noch nicht stattgefunden hat.

Gemeinderat Felix Feiner: Im Umkreis von 3 - 4 Gehminuten um das Rathaus herum hat es 150 Parkplätze. Die Belegung des bestehenden Parkplatzes ist nicht sehr hoch. Dementsprechend kann die Reduktion bewilligt werden. Die Bäume beim Parkplatz werden neu gepflanzt. Die Platzverhältnisse für die Velofahrer sind sicherlich besser als an der Landstrasse.

Gemeindeammann Dr. Dieth: Der Antrag der SVP zur Prüfung einer Tiefgarage beim Rathaus wird sehr genau protokolliert.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 42 : 0 Stimmen, 7 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Für die Erneuerung der Alberich Zwyssigstrasse (K 425), der Abwasserkanalisation und der Werkleitungen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes, im Abschnitt Etzelstrasse bis Kreisel Landstrasse, wird ein Kredit von Fr. 8'629'000.00 (inkl. MwSt.) bewilligt.

7. Kreditabrechnung von Fr. 14'506'510.20 für die Teilsanierung der Bezirksschulanlage

Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission: Gegenüber dem Kreditantrag von Fr. 13.7 Mio. liegt dem Einwohnerrat heute eine Kreditabrechnung von rund Fr. 14.5 Mio. vor. Nicht nur die vorgesehenen Reserven von Fr. 0.8 Mio. wurden vollumfänglich beansprucht, nein auch noch eine Überschreitung von weiteren 0.8 Mio. muss zur Kenntnis genommen werden. Dieses Resultat stimmt sehr nachdenklich!

Die Basis für den Kreditantrag an den Einwohnerrat vom 10. März 2005 war eine Kostenschätzung nach Erfahrungen und bekannten Grössen wie Fr./m³. Der Gemeinderat wollte die Sanierung der Bezirksschule ohne Projektierungskredit effizient sowie kosten- und qualitätsbewusst umsetzen. Hinzu kam der „Zeitdruck“ wegen der Schulanlage Altenburg, welche zeitlich nach hinten verschoben werden musste. Die Kostengenauigkeit von lediglich +/- 15 % war der Grund, weshalb die Position Reserven mit Fr. 0.8 Mio. relativ hoch angesetzt wurde. Im Sinne eines ersten Fazits steht für die Finanzkommission fest, dass es rückblickend ein Fehler war, dieses übereilte Vorgehen zu wählen. Zur Ausarbeitung einer sauberen Grundlage hätte mehr Zeit eingerechnet werden müssen, bei einem Projekt in dieser Grössenordnung wäre ein Projektierungskredit unbedingt angezeigt gewesen. Damit hätte eine höhere Kostengenauigkeit erreicht werden können.

Die Prüfung der vorliegenden Kreditabrechnung war sehr zeitintensiv. Verschiedene Mitglieder der Finanzkommission haben zusammen mit Urs Heimgartner und Csaba Dul der Abteilung Bau und Planung, mit dem Gemeinderat Daniel Huser und dem Gemeindeammann Dr. Markus Dieth viele Gespräche geführt. Einerseits wurden in diesen Gesprächen Begründungen für die Kostenüberschreitungen gesucht (und gefunden), andererseits wurde aber auch das Kostencontrolling kritisch hinterfragt. Offen und transparent wurde der Finanzkommission die gestellten Fragen beantwortet.

Kostenüberschreitungen: Die Kostenüberschreitung von Fr. 0.8 Mio. bzw. inkl. Reserven von Fr. 1.6 Mio. sind differenziert zu betrachten. Die Schwergewichte lege ich auf die folgenden Themen: Mehrzweckraum, Beschwerdebedingte Mehrkosten, Projektbedingte Mehrkosten/Zusatzbestellungen, Weitere Mehrkosten.

a) Mehrzweckraum

Gemäss Auskunft des Architekten war im Kostenvoranschlag die Sanierung des Mehrzweckraumes mit rund Fr. 160'000.00 enthalten. Letztendlich wurde die Sanierung des Mehrzweckraumes mit insgesamt Fr. 360'000.00 abgerechnet, damit mit Mehrkosten gegenüber Kostenvoranschlag von Fr. 200'000.00.

Fraglich ist, weshalb der Mehrzweckraum auf den im heute bestehenden Umfang ausgebaut wurde. Die diesbezüglichen Entscheide der Baukommission und des Gemeinderates sind nur schwer nachvollziehbar. Andererseits muss aber auch die Situation gesamtheitlich gewürdigt werden. Sämtliche Entscheide der Baukommission bzw. des Gemeinderates basierten stets auf den ihnen zu Grunde liegenden Informationen des Architekten über den mutmasslichen End-Kostenstand. Die anfängliche Vorgabe des Gemeinderates lag bei einem Kostendach von Fr. 13.3 Mio.

Wie den Protokollen der Baukommission entnommen werden kann, bestätigte der Architekt noch am 8. Mai 2007 die Einhaltung dieses Ziels mit einer Reserve von Fr. 40'000.00. Der Entscheid über die Sanierung des Mehrzweckraumes erfolgte jedoch bereits im Herbst 2006. Insofern kann der Baukommission sowie dem Gemeinderat im Bezug auf die Einhaltung der Kosten im Zusammenhang mit der Sanierung des Mehrzweckraumes keinen Vorwurf gemacht werden. Die Frage der materiellen Berechtigung, den Mehrzweckraum wie vorliegend zu sanieren, ist nicht Bestandteil der Frage der Prüfung der Kreditabrechnung durch die Finanzkommission.

b) Beschwerdebedingte Mehrkosten

Aufgrund einer Submissionsbeschwerde gegen den Entscheid des Gemeinderates verzögerte sich die Sanierung der Schulanlage massiv. Auch wenn die Submissionsbeschwerde durch das Verwaltungsgericht am 23. Juni 2006 letztlich abgewiesen wurde, entstanden dem Sanierungsprojekt massive Mehrkosten. Zusätzlich beantragte Nachträge für die Miete zusätzlicher Container von insgesamt Fr. 115'200.00 wurden letztlich mit über Fr. 210'000.00 abgerechnet. Darin enthalten waren die Erstellung von Werkleitungen und Fundamenten, welche für den Betrieb und den Bestand der provisorischen Schulräume notwendig waren. Diese Kosten von rund Fr. 210'000.00 waren bei der Erarbeitung des Kostenvoranschlags nicht absehbar und entsprechend als unbeeinflussbare Mehrkosten zu berücksichtigen.

c) Projektbedingte Mehrkosten/Zusatzbestellungen

Der Finanzkommission liegt eine Zusammenstellung der ausgelösten Nachträge vor. Daraus können die diversen projektbedingten Mehrkosten sowie die Zusatzbestellungen im Detail entnommen werden. Sämtliche Detailpositionen wurden den Finanzkommission-Mitgliedern von Urs Heimgartner und Csaba Dul erläutert und plausibel erklärt. Ich verzichte darauf, sämtliche Mehrkosten unter diesem Titel aufzulisten und zu erklären. Ich erlaube mir, zwei Beispiele aufzuzeigen:

- 18.04.2006: Fr. 36'973.75: Im Rahmen des Bauprojektes war die Erweiterung des Turnhallentraktes mit einem Lehrervorbereitungszimmer vorgesehen. Im Laufe des Projektes hatte man realisiert, dass der Gartensitzplatz des Hauswartes für diesen Erweiterungsbau im Wege stand. Dieser musste umplatziert werden.
- 15.08.2006: Fr. 69'362.80: Im Rahmen des Umbaus wurden die Fernheizungsleitungen ersetzt. Im Foyer sowie im Erdgeschoss des Turnhallentraktes war bereits im Kostenvoranschlag vorgesehen, die Decken zu erneuern. Zusätzlich wurde dann auch die Decke im Untergeschoss realisiert. Dies hat insbesondere den Vorteil, dass die Fernheizungsleitungen „verstaubt“ sind und diese nicht als „Turngeräte“ der Schüler dienen. Damit können auch inskünftige Schäden vermieden werden.

d) Weitere Mehrkosten

Als unbeeinflussbare Mehrkosten ist die Bauteuerung zu bezeichnen. Diese Kosten belaufen sich auf Fr. 211'381.70. Als Konsequenz aus den Mehrbestellungen ist auch das Architektenhonorar gestiegen. Diesbezüglich entstanden Mehrkosten von Fr. 113'233.80, wobei ein gewisser Honorarabzug aufgrund der massiven Kreditüberschreitung durch die Bau- und Planungsabteilung bereits berücksichtigt ist.

Kostencontrolling: Das grosse Ärgernis der Baukommission sowie des Gemeinderates ist rückblickend, dass sämtliche Entscheide über Zusatzbestellungen stets im falschen vermeintlichen Wissen über den mutmasslichen End-Kostenstand gefällt wurden. In diesem Zusammenhang stellen sich verschiedene Fragen über die Zuverlässigkeit der Arbeit des Architekten sowie der Bauleitung. Fraglich ist, weshalb man die Kosten mehr oder weniger bis zum Ende des Bauprojektes vermeintlich im Griff hatte, diese dann jedoch innert kürzester Zeit massiv in die Höhe schnellten, oder ganz grundlegend, ob der Architekt die Kosten überhaupt je im Griff hatte. Es stellen sich aber auch weitere grundsätzliche Fragen, ob die Unternehmer durch die Bauleitung genügend überwacht waren, ob beispielsweise der Elektroplaner die Elektroausführungen im Griff hatte, weshalb die Bauleitung keine genaueren Kostenschätzungen hatte abgeben können etc. etc. Viele dieser Fragen werden unbeantwortet im Raum stehen bleiben müssen. Zurück bleiben ein ungutes Gefühl sowie eine massive Überschreitung des Kreditantrages.

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom vergangenen Montag auch ganz grundsätzliche Fragen des Kosten- und/oder Projektcontrollings diskutiert. Vorliegend zeigt sich, dass keine interne Stelle, weder Bau und Planung noch die Finanzverwaltung, je einen exakten Zwischenabschluss oder dergleichen erhalten hatten. Die Baukommission, als begleitende Kommission des Gemeinderates, hatte zwar in den jeweiligen Baukommissionssitzungen als Traktandum „Kostenkontrolle“ vorgesehen, darin war jedoch lediglich von mutmasslichen Schlusskosten die Rede. Das Ergebnis zeigt, dass diese Mutmassungen keine Hilfe für die damals anstehenden Entscheidungen waren, sondern die Baukommission irreführten. Letztendlich wird der Gemeinderat nicht darum herum kommen, sich in Zukunft bei grösseren Sanierungs- und Bauprojekten Gedanken zu machen, wie er ein zuverlässiges Kosten- und Projektcontrolling garantieren will. Eine Wiederholung des „Falles Bez“ darf nicht vorkommen.

Basierend auf den falschen Kosteneinschätzungen des Architekten bzw. Bauleiters wurden in der Baukommission diverse Entscheide gefällt, welche im Nachhinein bzw. im Wissen um eine derartige Kostenüberschreitung wohl nie gefällt worden wären. Hinzu kommt, dass die Bau und Planung allfällige Kostenoptimierungen hätte vornehmen können, wenn rechtzeitig Kostenüberschreitungen im vorliegenden Ausmasse festgestellt worden wären. Mit den jeweils erfolgten mutmasslichen Kostenschätzungen wurden jedoch die Baukommission sowie der Gemeinderat im Glauben belassen, die Kosten würden sich im Rahmen des Kreditantrages bewegen. Dem war mitnichten so. Letztlich resultiert eine effektive Kostenüberschreitung von rund Fr. 0.8 Mio, nebst dem vollumfänglichen Verbrauch der Reserven.

Zusammenfassend kann ich im Namen der Finanzkommission festhalten, dass die Ausschöpfung der Reserven von Fr. 0.8 Mio. sowie die Überschreitung des Kreditantrages von Fr. 0.8 Mio. dahingehend zu begründen sind, dass rund Fr. 210'000.00 für die Mehraufwendungen der Container (beschwerdebedingt), rund Fr. 210'000.00 für die Bauteuerung, rund Fr. 200'000.00 für den Mehrzweckraum sowie rund Fr. 110'000.00 für das gestiegene Architektenhonorar benötigt wurden. Die übrigen rund Fr. 0.8 Mio., welche über die Reserven gedeckt wurden, sind letztlich alles Positionen, die entweder baulich notwendig wurden, da erst im nachhinein erkannt (Überraschung), oder aber es handelte sich um sinnvolle Zusatzbestellungen, die der Bau mit sich brachte.

Letztendlich bleiben ein schaler Beigeschmack, viele geklärte, aber auch offene Fragen und eine massiv übersetzte Kreditabrechnung. Der Gemeinderat wird sich Gedanken machen müssen, wie er künftig die Bauleitung verstärkt überwachen will, wie er sich exaktere und verbindliche Zahlen wie auch Zwischenabschlüsse beschaffen will und ob dazu eine externe oder interne Controller-Stelle eingesetzt werden muss.

Nach stichprobenweiser Prüfung der Belege und sämtlichen Abklärungen empfiehlt Ihnen die Finanzkommission mit 5 : 0 bei 5 Anwesenden, die vorliegende Kreditabrechnung im Betrage von Fr. 14'476'510.20 zu genehmigen. Die Differenz zur gemeinderätlichen Vorlage stammt daher, dass von den Bruttoanlagekosten von Fr. 14'506'510.20 die bereits eingegangene Entschädigung des Kantons für die Beteiligung an der Holzschnitzelheizung (Fr. 30'000.00; weitere Fr. 19'110.00 werden noch folgen) in Abzug zu bringen ist.

Thomas Bodmer: Das ungute Gefühl habe ich auch noch nach der sehr genauen Prüfung durch die Finanzkommission. Ich möchte gerne wissen, wer Architekt war bei diesem Projekt. Es bestehen vertragliche Abmachungen über die Leistungen, das Honorar etc. Kann der Architekt für diese Überschreitungen haftbar gemacht werden? Wenn ich es richtig verstanden habe, hat der Architekt aufgrund der Kostenüberschreitung ein noch höheres Einkommen erzielt. Dies ist völlig blödsinnig.

Gemeinderat Daniel Huser: Der Präsident der Finanzkommission hat Ihnen einen detaillierten Prüfungsbericht unterbreitet. Ich verzichte deshalb auf Details einzugehen, möchte aber die Frage von Thomas Bodmer beantworten. Mit den den Mitgliedern der Finanzkommission hat eine konstruktive Sitzung stattgefunden. Es war nicht so emotional wie es im Prüfungsbericht von Patrick Bürgi den Anschein macht. Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Praxis bei Hochbauten sich bewährt hat. Die Kredite wurden jeweils aufgrund eines Kostenvoranschlages von +/- 15 % beantragt und konnten meistens mit einer Kostenunterschreitung abgerechnet werden. Der Gemeinderat ist in Rücksprache mit der Bau- und Planungsabteilung bereit, bei so grossen Projekten zu überprüfen, ob der Ansatz von +/- 15 % richtig ist. Diese Überlegungen sind bereits in das Projekt tägi eingeflossen, welches im Januar dem Einwohnerrat unterbreitet wird.

Ein anderes Vorgehen würde aber auch heissen, dass in der Planungsphase mehr Geld ausgegeben werden müsste. Das Schlussergebnis wäre aber aus meiner Sicht nicht gross anders, dies vor allem, weil es sich um einen Teilumbau handelt. Teilumbauten sind in einem Hochbauprojekt relativ schwierig abschätzbar. Neubauten sind diesbezüglich einfacher.

Die gute Diskussion in der Finanzkommission hat gezeigt, dass bei solchen langdauernden Projekten die Kommunikation mit der Finanzkommission von Anfang an bestehen sollte. Wir haben zwar vereinzelte Ratsmitglieder, die in der Baukommission dabei sind. Aber der Gemeinderat wird dies entgegennehmen und die Kommunikation künftig verbessern und die Finanzkommission regelmässig über den Stand des Projektes informieren. Es bestehen verschiedene Auffassungen über bestimmte Fachbegriffe wie "projektbedingte Optimierungen". Was heisst das? Auch diesbezüglich sollte die Kommunikation zur Finanzkommission verbessert werden.

Aufgrund der Rückmeldungen ist die Sanierung der Bez gut gelungen. Die Zusammenarbeit mit der Schulleitung war sehr gut. Betreffend die Projektbegleitung durch die Architekten und die Fachingenieure hat der Gemeinderat aber klar eine andere Vorstellung von qualitativ guter Zusammenarbeit. Dies haben wir aber bereits mitgeteilt.

Die SIA-Normen schreiben bei der Kostenermittlung +/- 15 % vor. Mit dieser Kostengrundlage haben wir auch beim Einwohnerrat den Kredit beantragt. Unter der Berücksichtigung der Hauptfaktoren wie Submissionsbeschwerde, Teuerung und Mehrwert für die Schule durch den Mehrzweckraum ist eine Kostenabweichung von 5.8 % für den Gemeinderat vertretbar. Wir liegen mit dem jetzigen Abschluss innerhalb der Bandbreite von +/- 15 %. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass wir betreffend Haftung vor Gericht keine Chance hätten, weil wir gemäss SIA-Normen in diesem Bereich liegen. Der Architekt war das Büro Hotz aus Zürich.

Wie bereits erwähnt hat die Baukommission aufgrund der vorliegenden Unterlagen nur Mehrkosten für den Mehrzweckraum bewilligt in der Annahme, der Kredit werde eingehalten. Der Gemeinderat war mit der Projektbegleitung durch die Architekten und den Fachingenieuren nicht zufrieden. Der Gemeinderat nimmt die kritisierten Punkte auf und wird diese in weitere Projekte einfließen lassen.

Roland Brühlmann: Ich bin Mitglied der besagten Baukommission Sanierung Bezirksschulhaus. Die Baukommission wurde durch die Bauleitung / Architekt mit falschen Zahlen beliefert. Die unkorrekten Angaben über den aktuellen Kostenstand hatte negative Auswirkungen. Am 3. Juli 2007 gingen wir noch davon aus, dass der gesprochene Baukredit locker eingehalten werden kann. Dann haben die vorgelegten Angaben innerhalb von ein paar Monaten komplett geändert und wir hatten rund Fr. 700'000.00 Mehrkosten zu verzeichnen. Die Baukommission und auch der Gemeinderat waren von dieser Entwicklung komplett überrascht. Die Baukommission hatte zu diesem Zeitpunkt schon verschiedene Zusatzanträge erteilt, dies jedoch immer aufgrund der von der Bauleitung präsentierten Kostenkontrolle. Wir hätten wohl in gewissen Situationen anders entschieden, hätten wir die richtigen Zahlen gehabt. Dank dem nachträglichen Einsatz des Gemeinderates und Chef Bau- und Planung konnte wohl eine noch grössere Kostenüberschreitung verhindert werden. In Zukunft muss ganz klar ein wirksames Baucontrollinginstrument an- und eingesetzt werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 : 0 Stimmen folgenden Beschluss:

Beschluss des Einwohnerrates

Die Kreditabrechnung von Fr. 14'506'510.20 (inkl. MwSt.) für die Teilsanierung der Bezirksschulanlage Wettingen wird genehmigt.

Einwohnerratspräsident: Die übrigen Traktanden werden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung vom 11. Dezember 2008 verschoben. Am 13. November 2008 findet keine Einwohnerratssitzung statt.

Schluss der Sitzung: 23.30 Uhr

Wettingen, 21. November 2008

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates
Präsident**

Hermann Steiner

Protokollführerin

Sibylle Hunziker